



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 10
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 16. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lühow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich M. 6.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 2.— einschließlich örtlichen Teuerungszuschlages.

Berlin
15. Mai 1922

Was Dortmund für uns bedeutet.

Die Saarfrage ist heute eine weltpolitische Frage geworden; die Entwicklung, die sie infolge der gewalttätigen Abdrängung in die Bahn französischer Machtpolitik genommen hat, hat sie wie viel andere Fragen herausgenommen aus dem Versailler Diktat, indem sie ohne Verhandlung revidiert wurde, und zwar in einem Sinne, der die Absicht der Rechtsverletzung erkennen läßt.

Frankreich, das in der Öffentlichkeit durch die Presse und durch seine Diplomaten immer und immer wieder erklären läßt, das Versailler Diktat dürfe nicht angetastet werden, verlegt diese Bestimmungen entweder auf dem Wege der „Auslegung“ oder durch glatten Rechtsbruch. Letzteres vor allem in der Saarfrage. Es gibt in dem Saarbedenabkommen kaum einen Paragraphen, der nicht ganz im Sinne der französischen Annexionsbestrebungen ausgelegt, in der Praxis regelrecht verlegt worden wäre. Begonnen mit der Frage der Belassung französischer Besatzung im Saargebiet, die nach den Versailler Bestimmungen untersagt ist, bis zum Eingriff in das deutsche Schulwesen an der Saar, obgleich nach § 28 Kapitel 2 der Anlage zu Art. 45—50 des Versailler Zwangsvertrages „die Bevölkerung ihre Schule und Sprache behalten“ soll.

Gegen alle diese Verletzungen der Bestimmungen des Saarbedenabkommens durch Frankreich hat die Bevölkerung des Saargebietes sich zwei Jahre lang energisch gewehrt. Sie hat den Völkerbund immer wieder auf das Unrecht aufmerksam gemacht, das sich im Saargebiet unter dem Namen des Völkerbundes vollzieht; der Völkerbund hat diese Proteste und Beschwerden unbeachtet, hat Frankreich gewähren lassen.

Zur Unterstützung des Abwehrkampfes der Saargebietsbevölkerung ist das ganze deutsche Volk verpflichtet. Leider stehen noch weite Kreise des deutschen Volkes abseits, die sich dieser Pflicht noch nicht unterworfen haben. Auch diese Kreise zur Mitarbeit heranzuziehen, damit der Saargebietsbevölkerung der schwere Kampf gegen französische Machtgelüste erleichtert wird, ist die Aufgabe des Bundes „Saar-Verein“. Er hat soeben in Dortmund seine zweite Bundestagung abgehalten und sich Rechenschaft gegeben darüber, ob er seine Aufgaben restlos erfüllt hat. Er ist sich klar geworden über die nächsten Aufgaben.

Die Bundestagung hat nach dieser Richtung einen in jeder Beziehung erfolgversprechenden Verlauf genommen. Sie hat bewiesen, daß die Mehrzahl der Ortsgruppen durchaus von der Dringlichkeit der Saargebiets-Aufgaben überzeugt ist. Wenn einzelne Ortsgruppen sich noch in dem unproduktiven Streit der Kleinlichkeitsarbeit verlieren, so werden diese, dessen sind wir gewiß, durch die Bundestagung neue Anregungen mitgenommen haben, um sich einzustellen auf die großen Richtlinien, deren Erfüllung den Erfolg der Arbeit zum Besten des Saargebietes ausmacht.

Eine besondere Bedeutung erreichte die diesmalige Bundestagung dadurch, daß sämtliche Reichs- und zahlreiche Staatsbehörden, von der Notwendigkeit der „Saarvereins“-Arbeit überzeugt, regsten Anteil an den Verhandlungen nahmen. Mit Anerkennung haben sie der bisher geleisteten Arbeit gedacht und der künftigen Tätigkeit in derselben Richtung vollen Erfolg gewünscht im Interesse des Saargebietes und der deutschen Wiederaufbauarbeit. Mit besonderer Hervorhebung darf festgestellt werden, daß der Reichspräsident die Arbeit des Bundes „Saar-Verein“ mit tiefem Interesse und vollem Verständnis verfolgt. Er hat dies bereits gelegentlich der Anwesenheit des Kölner Männergesangsvereins dem Geschäftsführer des Bundes persönlich zum Ausdruck gebracht und es in seinem Begrüßungstelegramm aufs neue unterstrichen.

Die Bedeutung des diesmaligen Bundestages liegt in zwei Punkten.

Erstens: Durch Erweiterung des Vorstandes und entsprechende Auswahl der Persönlichkeiten ist dem Bund „Saar-Verein“ ein Rückhalt gegeben worden, der es gestattet, mehr und erfolgreicher als bisher dort die Interessen des Saargebietes und seiner Bevölkerung zu vertreten, wo bisher scheinbar das erforderliche Verständnis dafür fehlte. Auf der anderen Seite haben die Berichte über die Tätigkeit einzelner Ortsgruppen gezeigt, in welcher erfolgreicher Weise die Saargebiets-Arbeit getrieben werden kann, wenn man sich loslöst von reiner Vereinsarbeit und die großen Gesichtspunkte vaterländischer, deutscher Notzeits-Arbeit vor Augen hat. Es ist zum Ausdruck gekommen, daß die Saargebietsarbeit des Bundes nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie im Saargebiet verspürt wird; dafür sind seit längerem die Grundlagen gelegt. Die Organisation des Bundes „Saar-Verein“ trifft sich, regt sich, sie wurzelt im deutschen Volke. Nun muß dafür gesorgt werden, daß diese Wurzeln hinreichend Nahrung finden, daß sie immer tiefer und weiter sich im deutschen Volke verzweigen, damit ein starker Baum sich entwickelt, unter dessen Wipfeln die Saargebietsbevölkerung Schutz findet und neue Kräfte sammeln kann.

Daneben hat der Bundestag erwiesen, daß es nicht geduldet werden darf, die Dinge laufen zu lassen, sondern daß es notwendig ist, dort, wo sich Mängel behördlicher oder privater Tätigkeit erweisen, kritisch, aufklärend, fordernd hervorzutreten.

Ein besonders wichtiger Punkt der Arbeit im Interesse des Saargebietes liegt in der Fürsorge für die ausgewiesenen und vertriebenen Deutschen. Es ist nicht damit getan, daß in gesetzlichen Bestimmungen eine Verpflichtung des Reiches, der Länder oder der Gemeinden zur Fürsorge festgelegt ist. Die Hauptsache ist, daß diese Bestimmungen auch eine sinngemäße und wirksame Auslegung erfahren. Es darf nicht geschehen, daß Flüchtlinge

aus dem Saargebiet monate-, jahrelang ohne hinreichenden behördlichen Schutz, ohne Unterstützung, ohne Wohnungsmöglichkeit bleiben. Hier liegen nicht nur Pflicht-, sondern Rechtsunterlassungen vor, auf die aufmerksam zu machen Aufgabe aller Saargebietsfreunde ist. Denn gerade das muß Pflicht des deutschen Volkes und seiner Wahrer des Rechts sein, darüber zu wachen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl des gesamten deutschen Volkes, also auch des deutschen Saarvolkes, durch Begriffsbestimmungen und sogenannte „Vertrags“-Paragrafen nicht gelockert werden darf, vor allem nicht von deutscher Seite. Es muß auch alles vermieden werden, wodurch eine unnütze Verärgerung aufkommen könnte, weil die deutschen Volksgenossen an der Saar weit mehr als andere an den Bestimmungen des Versailler Diktats zu tragen haben. Deshalb wurde die Bundesleitung beauftragt, mit den behördlichen deutschen Stellen in Verbindung zu treten, um eine Milderung des bisher in diesen Fragen geduldeten Zustandes herbeizuführen. Was müssen wir weiter tun? Wir müssen es hinausreißen in die Welt, wie im Völkerbundsland an der Saar die Meinung, die Stimme eines Volkes erstikt wird, wie die Gewalt an die Stelle des Rechts tritt, wie es der Saargebietsbevölkerung verwehrt wird, an der Gestaltung ihrer eigenen Verhältnisse teilzunehmen. Durch die Einsetzung eines sogenannten Landesrats als Ersatz einer Volksvertretung will man verschleiern, daß man dort diktiert, was im Interesse französischer Bestrebungen liegt, ohne Rücksicht auf die vergewaltigten Interessen und Rechte der Bevölkerung. Um so mehr müssen wir uns dafür einsetzen, daß die Stimme und die Notlage der Saargebietsbevölkerung hier bei uns und in der Welt gehört werden, müssen dafür sorgen, daß berechnete Forderungen bei unseren deutschen Behörden ein offenes Ohr und eine willige Hand finden, müssen dafür eintreten, daß verärgrende Bestimmungen, bürokratische Auslegungen gesetzlicher Vorschriften unterbleiben und müssen darauf hinarbeiten, daß die Bevöl-

kerung des Saargebiets jederzeit das Gefühl hat, daß sie ihre stärkste Stütze zur Wahrung ihres Rechts im deutschen Volk und bei den deutschen Behörden findet.

Das sind neue Aufgaben, die dem Bund „Saar-Verein“ auftragsgemäß auf der Bundestagung vorgezeichnet wurden. Er wird und muß sich dafür einsetzen, daß dieser Auftrag eine fruchtbringende Erledigung findet.

Mit Genugtuung darf der Bund „Saar-Verein“ auf die letzte Tagung zurückblicken, mit Genugtuung besonders deshalb, weil die Bundestagung den Beweis erbracht hat, daß lebendiger Geist unter den Mitgliedern und den Ortsgruppen waltet. Gerade die Kritik hat gezeigt, daß die Saarvereins- und Saargebietsarbeit nicht tot ist, sondern daß sie reges Leben atmet. Die Aufträge, die der Bundesleitung geworden sind, lassen erkennen, daß aus der Arbeit für das Saargebiet heraus in engster Fühlung mit der Saargebietsbevölkerung neue Anregungen erwachsen. Dortmund wird ein Markstein sein für den Bund „Saar-Verein“ und seine Arbeit. Der Ernst, mit dem auf die Notlage der deutschen Schwestern und Brüder an der Saar hingewiesen wurde, die Eindringlichkeit, mit der die Forderungen auf Heranziehung des ganzen deutschen Volkes zu dieser Arbeit erhoben wurden, die Einmütigkeit in der Auffassung über die neuen Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“ haben erkennen lassen, daß der Bund auf dem richtigen Wege ist zur Durchführung seiner Aufgaben: Deutscherhaltung des Saargebiets, Linderung der Nöte der deutschen Saarbevölkerung, Wahrung der Rechte, die ihr in den Saarbedenbestimmungen verbrieft wurden.

Wir dürfen die Hoffnung haben, daß der Appell, wie er in der Entschliebung der großen Saarkundgebung in Dortmund zum Ausdruck gekommen ist, lebhaften Widerhall finden wird im ganzen deutschen Volk, daß der Notruf überall gehört wird: „Rettet das Saargebiet“. Der Verlauf der Tagung hat gezeigt, daß diesen Ruf zu erheben berufen und berechtigt ist der Bund „Saar-Verein“. Darum mit neuem Mut und frohem „Glück auf!“ dem einen Ziele zu: Das Saargebiet muß deutsch bleiben!

Genua läßt das Unrecht im Saargebiet bestehen.

Am 10. Mai meldete der Draht aus Genua:

Die Vertreter der einladenden Mächte traten heute vormittag um 11 Uhr unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Facta zusammen, um mehrere Gesuche, Erklärungen und Anempfehlungen zu prüfen und festzustellen, ob sie mit dem Programm der Konferenz zu tun haben und ob es infolgedessen angebracht ist, sie zu erörtern. Ein von den Einwohnern des Saargebietes an die politische Unterkommission gerichtetes Memorandum wurde ausgeschlossen, weil für die Frage, um die es sich handelt, der Völkerbund zuständig sei.

Die Abweisung der Eingabe der Saarbevölkerung ist auf Wunsch Barthous erfolgt, der die Konferenz von Genua für diese Frage als nicht zuständig erklärte. Lloyd George war für ihre wohlwollende Berücksichtigung eingetreten.

Wenn die Welt sehen und Folgerungen ziehen wollte, durch diese Meldung müßte es wie Schuppen von ihren Augen fallen. Der Versailler Zwangsvertrag hat für das Saargebiet eine Regelung geschaffen, die trotz aller Außerachtlassung der geltenden Verhältnisse doch das eine anerkennt, daß das Saargebiet deutsches Land ist und nur auf 15 Jahre der deutschen Staatshoheit entzogen wurde. Die Verwaltung soll eine Völkerbunds-kommission ausüben. Nach zweijähriger Tätigkeit dieser Kommission läßt sich übersehen, wie diese ihre Aufgabe auffaßt und in welchen Diensten sie steht.

Die Saargebietsbevölkerung aber pocht auf die ihr belassenen wenigen Rechte und verlangt ihre restlose Respektierung. Die Saarregierung aber hält sich an die französischen Anweisungen und wendet die Vertragsbestimmungen so an, wie „sie sie auffaßt“, d. h. in der Praxis: Die Regierungskommission leitet das Saargebiet durch gesetzgeberische und Verwaltungsmassnahmen in den französischen Machtbereich über, löst alle Verbindungen mit dem deutschen Mutterlande, behandelt die Bevölke-

rung nicht wie ein freies Volk, sondern wie Leibeigene, die keinen eigenen Willen haben dürfen, deren Stimme man in jeder Beziehung unbeachtet läßt.

Die Saargebietsbevölkerung hat alles versucht, um zu ihrem Rechte zu kommen und zu erreichen, daß man auf ihre Rechte, auf ihre Interessen, auf ihre Gefühle und Gewohnheiten Rücksicht nimmt. Die Regierungskommission hat sich vielfach ein Vergnügen daraus gemacht, auf geäußerte Wünsche gerade das Gegenteil zu tun, gewiß nicht aus Schadenfreude der einzelnen Kommissionsmitglieder, sondern weil sie entsprechende Anweisungen von Paris erhielt.

Lange hat man diesen Zustand im Saargebiet ohne Murren ertragen, bis man schließlich einsah, daß von Seiten der Regierungskommission auf kein Entgegenkommen, auf kein Einhalten rechtlicher Verpflichtungen zu rechnen war. Deshalb rief die Bevölkerung den Völkerbund an, die Stelle, die über alle Völkerrechte, in besonderem Maße auch über das Recht der Saargebietsbevölkerung, wachen soll, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker vertreten und den Geist der Demokratie zu neuem Leben erwecken will.

Dieser selbe Völkerbund hat völlig versagt. Er hat gegen das schreiende Unrecht im Saargebiet nichts unternommen, er läßt die Bevölkerung an der Saar durch französische Gewaltmaßnahmen knechten, läßt es zu, daß die Bestimmungen des Saarbedenabkommens umgebogen, verlezt werden. Wo sollte dieses rechtlos gemachte Volk sein Recht suchen? An Deutschland darf es sich nicht wenden, weil Frankreich darin eine widerrechtliche deutsche Einmischung erblicken würde; Frankreich ist der Urheber alles Leides im Saargebiet und der Völkerbund, unter dessen Schutz das Saargebiet steht, versagt auf Geheiß Frankreichs.

Durchdrungen von der Auffassung, daß die Konferenz von Genua berufen sei, alle ungeklärten Fragen des Wiederaufbaus und der Völkerverständigung zu regeln, die im Versailler Vertrage keine genügende Klärung gefunden haben, entsandte die Saargebietsbevölkerung deshalb nach Genua eine Delegation.

die in einem Memorandum der dortigen politischen Unterkommission die Klagen und Beschwerden einer geknebelten Bevölkerung zum Ausdruck brachte. Jeder unparteiisch Urteilende wird diesen Schritt durchaus verständlich finden und erwartet haben, daß er bei den in Genua vertretenen Mächten eine günstige Beurteilung gefunden hätte. Es scheint auch, als ob die Delegierten, die sich freigehalten haben von politischen Nebenabsichten und Kompensationsbestrebungen, die Berichte der saarländischen Delegation mit Interesse und Erstaunen gelesen haben.

Aber wie in vielen anderen Fragen, die die Befriedigung der Welt fördern sollen, hat auch in der Frage des Saargebietes in Genua die französische imperialistische Politik über den Geist der Versöhnung gesiegt. Die Saargebietsbevölkerung soll auch weiterhin rechtlos bleiben. Auch in Genua verweist man sie mit ihren Beschwerden und Klagen über die französischen Annektionsbestrebungen im Saargebiete wieder an den Urheber ihrer Leiden, nämlich Frankreich. Daß sie dort keinerlei Gehör findet, haben die abgelaufenen drei Jahre bewiesen. Frankreich will das Saargebiet unter allen Umständen einstecken trotz Vertrag von Versailles und Völkerbund, und die in Genua versammelten einladenden Mächte unterstützen diese Bestrebungen, indem sie sich bedingungslos den französischen Forderungen unterwerfen.

Genua bringt dem Saargebiete nichts, obwohl Lloyd George in einer Botschaft darauf hinweist,

„daß die menschenfreundlichen Kräfte der Welt ihre Reihen schließen in einem neuen Kreuzzug gegen die Tyrannei der rohen Gewalt. Genua habe die Friedensglocken erklingen lassen; man werde nicht ruhen, bis der Krieg zu Ende ist.“

Diese schönen Worte Lloyd Georges finden auf das Saargebiet keine Anwendung. Was sich dort weiterhin abspielt, ist die Fortsetzung des Krieges, den Frankreich ungeachtet des unterzeichneten Friedens gegen die deutsche Saargebietsbevölkerung weiterführt.

In diesen Tagen ist der Völkerbundsrat erneut in Genf zusammengetreten. Die Saargebietsbevölkerung läßt sich keine Mühe verbieten, auch während dieser Tagung mit einer Delegation in Genf vertreten zu sein, um immer wieder die Staaten, die im Völkerbund zusammengeschlossen sind, also sich für die große Idee des Völkerbundes, für die Völkerversöhnung, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzen, auf das schreiende Unrecht hinzuweisen, das im Namen des Völkerbundes dort täglich sich

vollzieht. Es wird sich zeigen, ob diese hohe Idee langsam Fortschritte macht oder ob der Völkerbundsrat nichts anderes darstellt als die Vereinigung der von Frankreich gegängelten Siegerstaaten.

Das Saargebiet ist Völkerbundsland. Die Regierungsweise im Saargebiete zeigt an, welchen Stand die Völkerbunds-idee in der Welt genommen hat. Heute zeigt dieses Barometer dort auf Autokratie. Wann wird es auf Demokratie stehen?

✱

Unter den Mitgliedern der in Genf weilenden Saarabordnung hat die aus Genua eingetroffene Nachricht, wonach in der Vollversammlung der einladenden Mächte auf Antrag von Barthou beschlossen wurde, die Saarfragen von der Tagesordnung abzuheben, weil hierfür der Völkerbund zuständig sei, beträchtliches und begreifliches Befremden hervorgerufen, um so mehr, als es sich bei diesen Fragen nicht um politische Probleme, sondern um rein wirtschaftliche Angelegenheiten von allgemeinem europäischen Interesse handelt, deren Besprechung auf der Konferenz von Genua auch von Ententesseite befürwortet worden war. Wie die Mitglieder der Genfer Abordnung erklären, handelt es sich dabei um folgenden Sachverhalt: Die Regierungskommission des Saargebiets hat bekanntlich Benzol, Teer und Thomasmehl den französischen Ein- und Ausfuhrbestimmungen unterworfen. Da nun Frankreich im letzten November ein Ausfuhrverbot erließ, das erst am 15. März wieder aufgehoben wurde, ohne daß eine Gewähr für die Zukunft besteht, war die gesamte saarländische Thomasmehl-Produktion, wie übrigens auch die französische Produktion, die ebenfalls in erster Linie auf den Export angewiesen ist, aufs schwerste geschädigt worden. Dadurch gingen außerdem große Mengen von Thomasmehl, die für die Getreideerzeugung unentbehrlich sind, verloren, so daß der Ernteertrag für das laufende Jahr in gewissen Teilen Europas erheblich vermindert sein wird. Der Wunsch der Abordnung des Saargebietes während ihres Aufenthaltes in Genua ging infolgedessen dahin, daß die Konferenz im allgemeinen europäischen Interesse Maßnahmen treffen möge, um derartige Einfuhr- und Ausfuhrverbote in Zukunft zu verhindern. Die Abordnung hofft, daß, nachdem die Besprechung dieser Frage in Genua abgelehnt wurde, der Völkerbund sich nunmehr mit diesen Problemen befassen wird.

Der Verlauf unserer Bundestagung.

„Der zweiten Tagung des Bundes Saarverein sende ich herzliche Grüße. Mit inniger Anteilnahme verfolge ich die Räte und Leiden der Saargebietsbevölkerung — mit aufrichtiger Freude ihre Weise unerwiderter Festhaltens am Vaterlande. Dem Bunde und seinen Bestrebungen, die geistigen und kulturellen Beziehungen zu den Volksgenossen an der Saar auch während der Zeit der Verwaltungstrennung zu pflegen, gelten meine besten Wünsche.“

gez. Reichspräsident Ebert.

Dieses Begrüßungstelegramm des Herrn Reichspräsidenten gab gewissermaßen den Auftakt zu unserer Dortmunder Tagung; es bezeugt gleichsam den Erfolg unserer bisherigen Arbeit und gibt die Richtlinien für das, was weiterhin getan werden muß. Die geistigen und kulturellen Beziehungen zu den Volksgenossen an der Saar zu pflegen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, das Bewußtsein wach zu halten: Wir stehen nicht allein, das ganze Volk kämpft unseren Kampf!

Wohlvorbereitet durch unsere Dortmunder Ortsgruppe nahm unsere 2. Bundestagung einen harmonischen, unsere Saargebietsarbeit fördernden Verlauf. Schon die zahlreichen Anmeldungen fast von allen Ortsgruppen ließen erwarten, daß die Tagung einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts bedeuten würde. Die Dortmunder Presse brachte der Tagung volles Verständnis entgegen und widmete ihr fast durchweg freundliche Begrüßungs- und Willkommensartikel.

Der Begrüßungsabend.

Am Sonnabend, den 6. Mai, versammelten sich die bereits erschienenen Delegierten und eine überaus große Zahl Dortmunder Bürger und Bürgerinnen im großen Saal des „Lindenhof“, wo die Ortsgruppe Dortmund zu einem Begrüßungsabend eingeladen und hierzu ein wechselreiches Programm aufgestellt hatte. In anerkennenswerter Weise hatten sich die städtische Jugendkapelle wie auch der Sportverein „Allemannia 05“ in den

Dienst der Sache gestellt, die mit gut gewählten Konzerten und sportlichen Vorführungen den musikalischen und unterhaltenden Teil des Abends bestritten. Die Begrüßungsansprache hielt der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Dortmund, Bergmann Weissenstein. Seine Worte galten zunächst den offiziellen Vertretern des Reichspostministeriums, Geh. und Oberpostrat Heilig, der Stadt Dortmund, Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, des deutschen Schutzbundes, des deutschen Roten Kreuzes, des Handels, der Industrie, des Handwerks, der gewerkschaftlichen und beruflichen Organisationen und Körperschaften, sodann allen aus dem ganzen Reich erschienenen Ortsgruppenvertretern und der Dortmunder Bürgerschaft. Dann führte er u. a. aus:

Auf Ihrer Reise durch unser westfälisches Industriegebiet werden Sie durch die Hoch- und Koksöfen- und Förderanlagen an das Industriegebiet unserer Heimat erinnert worden sein. Mögen diese Erinnerungen dazu beitragen, daß Sie hier in Dortmund bei unserer Tagung sich heimisch fühlen. Wir stehen vor unserer 2. Tagung, in der wir uns über unsere nächsten Ziele zur Durchführung unserer Aufgaben klar werden wollen. Wir kämpfen

gegen die Gewaltpolitik,

die in unserer Saarheimat betrieben wird; denn man hat es fertig gebracht, 700 000 Deutsche von der deutschen Heimat loszutrennen. Der Grundgedanke der französischen Bestrebungen im Saargebiet ist, zu verhindern, daß dieses deutsche Land dem Deutschen Reich wieder angegliedert wird. In der Hoffnung, daß unsere Gedanken in nicht allzu langer Zeit verwirklicht werden, rufe ich Ihnen zur Begrüßung ein herzliches „Glückauf“ zu!

Hierauf erhob sich der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Dr. Eichhoff, zu folgendem Willkommensgruß:

„Ich möchte nicht veräumen, und es drängt mich, den Bund der Saarvereine namens der Stadt Dortmund herzlich willkommen zu heißen. Daß der Bund der Saarvereine für seine Tagung Dortmund erkoren hat, ist uns Dortmundern eine be-

sondere Freude. Ich glaube, Ihnen versichern zu dürfen, daß die Dortmunder Bevölkerung dem Bund der Saarvereine und seinen Bestrebungen die stärksten Sympathien entgegenbringt (Bravo!) und seine Tagung mit lebendigem Interesse verfolgt. Daß gerade wir hier in Dortmund, die wir doch im geographischen Mittelpunkt der Kohlenförderung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets sitzen, besonders warm für unsere Saarbrüder fühlen müssen, für die ja auch der Bergbau ein maßgebender Faktor des Wirtschaftslebens ist, das liegt auf der Hand. Und daß ich gern in Ihrem Kreise weile, mögen Sie auch daraus ersehen, daß mein Vater walschacher Saarbrüder ist. Zweifelsohne hat die graue Not des Tages und die schier unerträgliche Last, die in diesen furchtbaren Zeiten uns wie ein Alpdruck quält, uns dermaßen abgestumpft, daß wir für die uns nicht unmittelbar bedrückende Not und all das Elend nicht mehr so empfindlich sind wie es sein müßte. Dazu kommt, daß die Kenntnis von der Saarländer Not in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung recht gering ist (Sehr richtig!) trotz der unermüdlichen, intensiven und überaus dankenswerten Aufklärungsarbeit der Presse. Um so notwendiger ist es, daß wir immer wieder aufgerüttelt und uns die Augen weit geöffnet werden. Dem dient ja Ihre Tagung hier in Dortmund in hervorragendem Maße. Ich halte die Arbeit der Saarvereine, die Arbeit des Bundes „Saarverein“ für

eine vaterländische Notwendigkeit.

Nachdem die Regierung an Händen und Füßen gefesselt ist, muß das deutsche Volk selbst und als sein Sprachrohr der Bund „Saarverein“ mit Wort und Tat für das unglückliche Saarland und seine geknechteten Bewohner eintreten. (Sehr richtig!) Ich habe mir sagen lassen, daß Ihre Arbeit schon gute Früchte getragen hat. Vivant sequentes. In diesem Sinne heiße ich den Bund „Saarverein“ und Sie alle namens der Stadt von ganzem Herzen willkommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Ihre Tagung ein schöner, voller Erfolg sein möge. Dazu ein kräftiges „Glück auf!“

Im Anschluß an das gemeinsam gesungene „Lied der Saarländer“, von Herrn Sutter-Essen verfaßt, sprach das Vorstandsmitglied der Münchener Ortsgruppe Kaufmann Weil. Er führte u. a. aus: Am Saarstrand im deutschen Sargebiet steht jetzt eine fremde Macht. Das Sargebiet ist nicht frei. Erst 1935 soll durch die Abstimmung über das Schicksal unserer Saarheimat entschieden werden. Unsere Arbeit gilt dem Abwehrkampf gegen die französischen Bestrebungen, uns das Sargebiet zu entreißen. Deshalb ist es unsere Pflicht, uns um die Fahne des Bundes „Saarverein“ zu kehren. Wir kennen nur ein deutsches Vaterland, das alle die Gebiete umschließt, die immer deutsch waren. Dazu gehört in besonderer Weise das Sargebiet. Wir alten Landsleute von der Saar wollen ein Treuegelöbnis ablegen, weiter zu kämpfen für das Sargebiet. Es muß noch manches getan werden, damit das Band treuen Heimatgefühls alle Saardeutschen umschließt.

„Deutsch sei die Saar immerdar.“

Der Leiter der Flüchtlingsfürsorge vom Roten Kreuz für Westfalen, Herr Weisried, begrüßte ebenfalls den Bund „Saarverein“ zu seiner Tagung, wobei er u. a. folgendes ausführte:

Es gereicht mir zur besonderen Freude, bei Ihnen sein zu dürfen, da ich das Gefühl habe, Ihnen durch unsere gemeinsame Arbeit auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens sehr nahegerückt zu sein. Seien Sie überzeugt, daß das Rote Kreuz Ihr Leid und Ihre Not aufs Innigste mitempfunden hat, wir haben uns bemüht, durch die Flüchtlingsfürsorge Ihnen zu helfen, soweit unsere Kräfte nach Maßgabe der uns gezogenen Richtlinien es nur irgendwie gestatteten. Ein jeder, der die Not der Vertriebenen kennt, weiß, daß kein Gott das wiedergeben kann, was der Vertriebene an Haus und Hof und Heimatland verloren hat. Manches große Schwierigkeiten mußten überwunden werden. Die Wohnungsnot bot der Wiedereingliederung der Vertriebenen in das Wirtschaftsleben besonders große Hindernisse. Wenn trotz aller Hemmungen bisher unser gemeinsames Hilfswerk so vorstatten ging, so danken wir das nicht zuletzt der tatkräftigen Mitarbeit Ihrer Interessenvertretung, sowohl in den Zentralstellen als auch in den örtlichen Fürsorge-Ausschüssen. Das deutsche Rote Kreuz hat stets freudig da geholfen, wo es galt, die Not der deutschen Brüder und Schwestern zu lindern, es wird weiter helfen in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen zum Besten der notleidenden Saarländer und zum Wohle des deutschen Vaterlandes.

Gewerkschaftsleiter Dmmert-Berlin hatte es übernommen, bei der Skizzierung der Bedeutung der Sargebietsarbeit der tätigen

Anteilnahme der deutschen Frauen

zu gedenken. Er hob hervor, daß es gerade die Frau sei und sein müsse,

die den Mann nach den Mühsalen des Alltages anregen muß, sich über diese Alltagsarbeit hinaus auch der Arbeit zu widmen, die unseren Grenzländern und besonders unserem Sargebiet nützen soll. Ohne diese Anregungen der Frau, die für die besonderen Nöte eines Volkes, wie sie durch fremde Gewalthaber einzelnen Volksteilen auferlegt worden sind, größeres Verständnis hat, würde in vielen Fällen unsere Sargebietsarbeit unter den Alltagslasten verlanden. Die Frau ist es, die uns Männer immer wieder daran erinnert und erinnern muß, daß es Nöte, Leiden und Lasten gibt, die noch größer und schwerer sind als unsere eigenen. Das, was unsere Brüder und Schwestern an der Saar tragen und dulden müssen, ist weit mehr als das, worüber wir uns beklagen. Und dennoch tragen sie den Kopf hoch und lassen ihren Mut nicht sinken. Seine Worte klangen aus in ein dreifaches Hoch auf die deutsche Frau, die deutsche Mitkämpferin für die deutschen Grenzlande, für das deutsche Sargebiet.

Stimmungsvolle Konzertstücke der Jugendkapelle, ferner höchst anerkennenswerte Darbietungen des Sportvereins „Alemania 05“ füllten wechselreich den Abend aus. Die als lebende Bilder gestellten Bronzeplastiken, ebenso die Darstellungen des Herrn Kürbke von Kunst, Schönheit und Kraft zeigten verblüffend, daß durch eisernes Training, systematische Körperpflege und einwandfreien Lebenswandel leichtathletische Kunstfertigkeiten erreicht werden können, die den Berufssportlern nicht nachstehen. Sie erbrachten aber auch den Beweis, in welcher Richtung unsere Jugend erzogen werden muß, um die für den wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Wiederaufbau notwendige gesunde Generation zu bilden. Die Sportler wie die Kapelle erzielten den verdienten Beifall.

Am Sonntag vormittag begann bald nach 9 Uhr im „Lindenhof“ die

geschlossene Mitgliederversammlung.

Der stellvertretende Vorsitzende, Studienrat Dr. Scholl-Essen eröffnete die Sitzung mit begrüßenden Worten. Er führte u. a. aus:

Es erscheint mir von besonderer Bedeutung, wenn wir unsere 2. Tagung des Bundes „Saarverein“ in Dortmund, dem berühmten Industriezentrum des Westfalenlandes abhalten; hat doch dieser Bezirk für den wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes große Bedeutung und außerordentlich viel Berührungspunkte mit dem Gebiet, das wir alle ins Herz geschlossen haben und zum Schutz seiner Interessen wir hierher gekommen sind. Beide Gebiete sind

Brennpunkte der Arbeit,

wo die tiefdurchfurchten Gesichter uns Schritt für Schritt entgegenreten, wo die gleichmäßigen Schläge der Industriebömer deutschen Fleiß und deutsches Vorwärtstreben anzeigen. Es ist ein Gebiet, das dadurch gekennzeichnet ist, daß deutsche Arbeiter schweißumperlt die Schätze der Erde heben. Während es vor einiger Zeit auch an der Saar noch galt, zu schaffen zu Ruh und Frommen unseres Vaterlandes, ist es mittlerweile anders geworden. Während hier am Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes gearbeitet wird, sind im Sargebiet die Männer im Arbeitsittel, dem Ehrenkleid der Pioniere der Industrie, unter eine fremde Knechtschaft gekommen. Sie arbeiten in fremder Fron, für eine Nation, die von der gesamten Welt gehaßt wird. Es geschah dann, daß, um diese unhaltbaren Zustände soweit wie möglich zu ändern, bruderliebende Männer ein Saat Korn säten, das sich kraftvoll entwickelte und einen Stamm trieb mit über alle deutschen Stämme verzweigten Ästen. Dieses Korn stellt den „Saarverein“ dar. Es ist ein mächtiger Stamm. Vor drei Jahren waren wir in Bielefeld eine kleine Schar von fast mutlosen Männern. Mittlerweile ist die Zahl mächtig angeschwollen und heute überschauen wir eine so stattliche Versammlung, daß wir uns freuen und stolz sein dürfen. Wenn ich Sie heute hier in Dortmund begrüße, so tue ich das mit dem Ausdruck der Freude, die die hohe Idee verleiht, mit Verehrung, die jeder Mitarbeiter an der heiligen Sache verdient. Darf ich mit diesen Grüßen auch den einen Wunsch verbinden, daß wir heute unsere Tagung getragen sein lassen von dem Gedanken der Sachlichkeit. Zum Schluß möchte ich wünschen, daß der Gedanke an unsere Heimat uns heute die rechten Entschlüsse eingeben möge. Ein frohliches „Glück auf“ der „Saarvereins“-Sache. Das walle Gott!

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergab, daß 40 Ortsgruppen durch 150 Delegierte vertreten waren.

Verwaltungsdirektor Vogel gab hierauf bekannt, daß eine große Anzahl von

Begrüßungstelegrammen

eingelaufen ist. Neben dem Telegramm des Herrn Reichspräsidenten, das wir an anderer Stelle bereits zum Abdruck brachten, kamen u. a. folgende Drahtgrüße zur Verlesung:

Dem Bund Saar-Verein übermittle ich namens der Reichsregierung zu seiner zweiten Tagung herzlichste Grüße. Die Geschichte des deutschen Saarlandes und seiner dem gemeinsamen Vaterlande unwandelbar treu bleibenden Bevölkerung sind jetzt und in aller Zukunft der wärmsten Anteilnahme der Reichsregierung gewiß.

Bauer, Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dem Bunde „Saar-Verein“ entsende ich in Vertretung des in Genuß weisenden Reichsministers des Auswärtigen die besten Wünsche zu seiner 2. Jahresversammlung. Das Auswärtige Amt ist sich der Größe und Verantwortung seiner Aufgabe gegenüber dem deutschen Gebiet an der Saar und seiner dem gemeinsamen Vaterland treu anhängenden Bevölkerung voll bewußt.

(gez.) Staatssekretär v. Daniel.

Der Reichswehrminister schrieb u. a.:

Ich bitte der Versammlung auszurichten, daß ich mit meinem Herzen am 7. Mai d. J. in Dortmund sein werde. Ueber 100 Jahre sind ins Land gegangen, daß die Bevölkerung scharfen Einspruch gegen ihre Annexion durch Frankreich erhoben und bekannt hat, daß sie ihrem deutschen Vaterland durch Sprache, Sitte und Religion verbunden sei.

Jeder Tag lehrt, daß das Saarland dieser seiner Gesinnung treu geblieben ist, daß es trotz aller Widerwärtigkeiten, die es deswegen zu erleiden hat, sich das Deutschtum nicht aus dem Herzen reißen läßt. Mit Bewunderung folge ich diesem stillen Heldentum und mühte kein Deutscher sein, wenn ich nicht der Gewißheit lebte, daß ihm Erfolg beschieden sein wird.

Gefler.

Dem Saarverein spreche ich für seine Einladung zur zweiten Bundestagung in Dortmund meinen verbindlichsten Dank aus. Zu meinem lebhaften Bedauern hat sich die Entsendung eines Vertreters zu der Tagung nicht ermöglichen lassen. Ich möchte jedoch nicht unterlassen, dem Saarverein meine besten Wünsche für den Verlauf der Tagung auszusprechen. Der Leitgedanke des Saarvereins: Stärkung und Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet ist auch für das Reichswirtschaftsministerium bei der Behandlung der das Saargebiet betreffenden wirtschaftlichen Fragen stets von maßgebender Bedeutung gewesen. Ich betrachte auch fernerhin als meine vornehmste Aufgabe, der schwergeprüften Bevölkerung des Gebietes in ihrem harten wirtschaftlichen und politischen Kampf dadurch beizustehen, daß ich mir die Aufrechterhaltung der alten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reich besonders angelegen sein lasse. Gleichwie politisch so wird auch wirtschaftlich das Saargebiet untrennbar dem deutschen Vaterland verbunden bleiben, trotz Frankopolitik.

Der Reichswirtschaftsminister.

J. M. gez. Trendelenburg.

Aus dem Reichsarbeitsministerium lag ein Gruß vor, in dem es u. a. heißt:

... Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß der Veranstaltung ein gedeihlicher, dem Wohle des Vaterlandes und insbesondere des deutschen Saargebietes förderlicher Verlauf beschieden sein möge.

In Vertretung: Dr. Geib.

Indem ich den Bestrebungen des Saar-Vereins meine volle Sympathie entgegenbringe, wünsche ich der heutigen Tagung besten Verlauf.

Giesberts, Reichspostminister.

Den zur zweiten Tagung des Bundes „Saar-Verein“ Versammelten sende ich besten Gruß mit dem aufrichtigen Wunsche, daß den vaterländischen Bestrebungen des Vereins reicher Erfolg beschieden sein möge.

Der Staatssekretär für die besetzten Gebiete: Dr. Brugger.

Für die freundliche Einladung zu der zweiten Tagung des Bundes „Saarverein“ beehre ich mich, meinen ergebensten Dank auszusprechen. Unvorhergesehenerweise ist es mir mit Rücksicht auf die dringliche Geschäftslage leider nicht möglich, einen Vertreter zu entsenden. Um so lebhafter muß ich dies bedauern, als es mir ein dringendes Bedürfnis ist, die bedeutsamen Arbeiten des Saarvereins zu verfolgen und meine herzlichste stets wachsende Anteilnahme für die durch den Friedensvertrag noch über 12 Jahre in ihrer staatlichen Selbstbestimmung gebundene Saarbevölkerung zu beweisen. Ich bitte, der Versammlung meine aufrichtigsten Wünsche für einen gedeihlichen Verlauf übermitteln zu wollen.

Der preußische Ministerpräsident gez. Braun.

Dem Bund „Saarverein“, der in freier Vereinstätigkeit die Nöte unserer schwergeprüften Brüder an der Saar zu lindern sucht, sendet beste Grüße zu seiner Tagung und wünscht gedeihlichen Verlauf der Verhandlungen.

Der Preussische Innenminister.

Wünsche den vaterländischen Bestrebungen der Saarvereine reichen Erfolg und der Tagung des Bundes einen guten Verlauf mit freundlichem „Glückauf“.

Preussischer Handelsminister.

In wärmster Teilnahme an dem Ergehen des Saargebietes und seiner Bevölkerung wünsche ich der Tagung des Saar-Vereins reichen Erfolg.

Für den Kultusminister: Beder.

Der zweiten Tagung des Bundes Saar-Verein wünsche ich besten Erfolg zur Förderung seiner Arbeiten.

Hirtliefer, Wohlfahrtsminister.

Dem Saar-Verein wünsche guten und erfolgreichen Verlauf der Tagung.

Preussischer Justizminister.

Dem Saarverein als dem Vorkämpfer für die Erhaltung und Festigung des Deutschtums im Saargebiet sende ich zu seiner 2. Tagung meine herzlichsten Grüße und meine besten Wünsche für einen recht gedeihlichen Verlauf und Erfolg seiner Dortmunder Veranstaltungen.

Der preussische Landwirtschaftsminister gez. Wendorff.

Allen Schwierigkeiten, Ungerechtigkeiten und Gewalttaten zum Trotz bleibt das Saarland deutsch und wird unter dem Jubel des ganzen Vaterlandes die verdammenwerte Fremdherrschaft am Tage der Abstimmung aus dem Lande weisen.

Staatsminister Dr. Südekum.

Den Kämpfern des „Saarvereins“ für die deutsche Sache im Westen bringt der Bergbau des Ostens aufrichtige Wünsche für nachhaltigen Erfolg mit hoffnungsfreudigem „Glückauf“ dar.

Oberbergamt Breslau.

„Ich sende der 2. Bundestagung namens der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags die herzlichsten Wünsche auf besten Erfolg der Beratungen. Mit größtem Interesse begleitet das deutsche Volk die unermüdbaren Bestrebungen der Saarbevölkerung, den Zusammenhang zwischen ihrer engeren Heimat und dem deutschen Vaterland zu betonen und zu wahren, ja zu einem stets festeren und herzlicheren zu gestalten. Wir werden alles daran setzen, um diese heldenhaften Opfer zum Besten des Deutschtums durch tatkräftige Hilfe und Unterstützung zu lohnen.“

(gez.) Marx, Senatspräsident, M. d. R.

Den zu ernster Arbeit in Dortmund versammelten deutschen Männern und Frauen des Saarlandes senden wir namens der Deutschen Volkspartei herzlichste Grüße. Wir stehen treu zu Ihnen im Kampf um den deutschen Kulturkreis in der Westmark.

(gez.) Dr. Stresemann, Kämpfer.

Für die Deutschnationale Volkspartei sandte Abg. Graef ein längeres Geleitwort als Begrüßung, in dem es u. a. heißt:

Einigkeit ist Macht! Wie auch das Beispiel der Saarbevölkerung zeigt. Ein einiges Volk von über 60 Millionen ist nicht dauernd zu vergewaltigen. Die nationale Einigung des deutschen Volkes ist der einzige Weg zum wirklichen Weltfrieden. Möge das heldenhafte Beispiel der deutschen Saarbevölkerung auch die Brüder im Reich erwecken, sie an ihre nationalen Pflichten gemahnen und bahnbrechen dem Gedanken der Volksgemeinschaft.

Das wäre unser schönster Dank für die Treue und den Opfergeist des Saargebietes.

Die Deutsche Liga für Völkerbund schreibt u. a.:

Gegenüber deutlichen Französisierungsbestrebungen ist die Arbeit des Bundes unentbehrlich; denn der Völkerbundsrat und die Bundesversammlung haben keine wirklich demokratische Regierung eingesetzt, und sie üben ihr Aufsichtrecht nicht unparteiisch und unvoreingenommen, vor allem aber nicht wirksam aus. Daher bedarf das Saargebiet der Hilfe, bis es nach dem Willen seiner Bevölkerung wieder frei zu Deutschland gehört.

Die Deutsche Liga für Völkerbund hat sich der Saarfrage als eines deutschen und eines Völkerbundsproblems immer besonders angenommen. Sie wünscht und erhofft aller Arbeit zum Besten des Saargebietes vollen Erfolg.

Deutsche Liga für Völkerbund.

Prof. Dr. Jäch. Dr. Simons.

Dem in Dortmund tagenden Saarverein senden wir in voller Würdigung seiner auf die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im Saargebiet abzielenden Bestrebungen herzlichste Grüße mit Wünschen besten Gelingens.

Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten.

Erstbittenen Saarbund herzlichen Brudergruß. Mit ganz Deutschland stehen Grenzostdeutschen geschlossen und mannhaft hinter den treudeutschen Saarleute bittend, im Kampf um deutsches Volkstum anzuharren wie bisher und weiter treue Grenzwehr zu halten. Glück auf den Saarleuten. Glück auf zur Tagung.

Deutscher Ostbund.

Versammelten Brüdern aus Saargebiet wünscht zu ihren Beratungen vollen Erfolg zum Heile ihrer Heimat und gesamtdeutschen Vaterlandes.

Elß-Lothringischer Studentenverband.

Der 2. Tagung des Bundes Saarverein ein herzliches „Glück auf“ in der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Verhandlungen des 2. Bundestages unserem teuren Saarrevier zum Segen gereichen werden. Ich habe die tiefste Zuversicht, daß die mir ans Herz gewachsene ferndeutsche Bevölkerung die schwere Prüfungszeit, die über sie hereingebrochen ist, überstehen und dem deutschen Vaterland das deutsche Land an der Saar und Blies erhalten bleiben wird. Als alter Schleswig-holsteinischer Mann rufe ich: Das Saarrevier und unser deutsches Vaterland unewig ungeteilt!

gez. Ewald Hilger, Geheimer Bergrat,
einst Vorsitzender der Bergwerksdirektion Saarbrücken.

Ferner sandten Grüße und Wünsche:

Geheimrat von Gallern,
Geheimrat Schellen,
Preussisches Oberbergamt,
Berliner Deutsches Rotes Kreuz,
Hilfsbund Elß-Lothringer,
Verein für das Deutschtum im Auslande,
Liga zum Schutze deutscher Kultur,
Ortsgruppe Heidelberg u. a.

Mündliche Grüße überbrachten hierauf Reichstagsabgeordneter von den Kerckhoff. Er sagte u. a.: Der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist es ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, daß Ihr Schmerz unser Schmerz, Ihre Sorgen und Sehnsucht die unseren sind, und daß wir unentwegt die Aufgaben, die Sie berühren, zu den unsrigen machen und die Augen offen halten, was wir Ihnen durch die Tat beweisen möchten. Daß uns im Parlament die Hände gebunden sind, wissen Sie. Bei allen Beratungen und Arbeiten ist es unser Leitgedanke,

das Saarland dem Deutschen Reiche zu erhalten.

Noch ein anderes ist es, das uns Ihre Arbeit so wertvoll macht. Wir wollen nicht vergessen, in der großen Not, die über uns gekommen ist, auch das Gute herauszuschälen, das darin liegt, daß die Not uns, die wir leider noch durch so viel Parteihader zerspalten sind, zusammenführen wird. Parteipolitik ist in Ihrer Arbeit ausgeschlossen. Aber weil sie ausgeschlossen ist, weil sich bei Ihrer heutigen Tagung Vertreter aller Parteien die Hand reichen, verbunden in dem Gedanken, das Deutschtum zu erhalten und zu pflegen und das verlorengegangene dem Deutschtum zu retten, das macht Ihre Arbeit so wertvoll. Wir erblicken deshalb in Ihrer Arbeit ein außerordentlich wichtiges Moment für die Zusammenführung des deutschen Volkslebens. Wir können nicht zum Wiederaufstieg kommen, wenn es uns nicht gelingt, das deutsche Volk zusammenzuführen, damit es miteinander den Weg zum Aufstieg wieder nimmt. Wir danken Ihnen, daß Sie diese außerordentlich wichtige Arbeit leisten und schließen mit dem Wunsche, daß Ihre Beratungen und Arbeiten von einem vollen Erfolg gekrönt sein mögen.

Für die Deutsche Volkspartei sprach Landgerichtsdirektor Eichhoff: Im Auftrage der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei des preussischen Landtages habe ich die Wünsche für einen guten Verlauf Ihrer Tagung zu überbringen. Was mein Vorredner gesagt hat, trifft auch auf den Landtag zu. Uns sind die Hände gebunden, auch wir können nicht, wie wir möchten. Die weiteren Worte meines Vorredners, die Aufgaben, die Ihnen gestellt sind, unterstreiche ich. Ich möchte den einen Gedanken anfügen: Wir leben in einer äußerst gespannten politischen Zeit. Wir wissen nicht, was Genua bringen wird. So erblicke ich gerade im „Saarverein“ das Rückgrat einer Bewegung, die vielleicht, ich spreche mit dem Gefühl des Rheinländers, das Rückgrat bildet einer

größeren Abwehrbewegung.

Wir müssen dieser Möglichkeit ins Auge sehen. Das Saargebiet möge das Vorbild werden für die eventuell notwendig werdende Abwehrbewegung des Rheinlandes. Wir begrüßen Ihre Arbeit und wünschen ihr vollen Erfolg.

Herr Klöcker vom Reichsverband der Rheinländer überbrachte die Grüße und Wünsche seines Verbandes. In bewußtem und grundsätzlichen Gegensatz zu den Darstellungen der Franzosen ist zu betonen, daß das Saargebiet geographisch und ethnographisch zum Rheinland gehört. Der Reichsverband der Rheinländer hat aber von Anfang seines Bestehens die Notwendigkeit anerkannt, daß die Saarfragen aus taktischen und methodischen Erwägungen

entsprechend den besonders schwierigen Verhältnissen im Saargebiet eine besondere Behandlung verdienen. Mit dieser Begründung scheint uns die Gleichberechtigung der beiden großen Bruderverbände nebeneinander als erwiesen. Wie unsere deutschen Brüder in der Heimat, an der Saar und am Rhein, in der Ablehnung der französischen Verwelschungsbestrebungen einmütig zusammenstehen, so wollen auch unsere beiden Verbände mit vereinten Kräften ihre gemeinsamen Ziele fördern. Der Reichsverband wünscht dem Bunde „Saar-Verein“ einen vollen Erfolg seiner großen vaterländischen Aufgaben. Möge Ihre heutige Bundestagung sich in zweifacher Richtung besonders auswirken. Zunächst in Richtung auf die Heimat als ein starkes Gelöbniß, daß wir fest zu ihnen halten wollen, daß sich unzerstörbare Brücken bauen und unzerstörbare Fäden spinnen zwischen dem freien unbefestigten Deutschland und dem Saargebiet mit dem übrigen Rheinland. Ferner in Richtung auf das innere Deutschland als ein lauter Appell an das gesamte Volk, und besonders als

ein dringender Mahnruf in 11. Stunde

an die noch halb interessierten Gleichgültigen und Launen, endlich gemeinsam den Blick nach dem Westen zu richten und zu erkennen, daß die Dinge, die sich an der Saar und am Rhein abspielen, nicht Angelegenheiten der Saarländer und Rheinländer, sondern des gesamten deutschen Volkes sind.“

Den

Bericht über die Tätigkeit des Bundes
und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Jahre 1921

erstattete hierauf Verwaltungsdirektor Vogel. Wir geben aus seinen Ausführungen folgendes wieder: Der Haushaltsplan des Bundes schließt in Einnahme und Ausgabe mit 88 000 M. ab. Die Ortsgruppen sollen nachdrücklich bemüht sein, bei der Beschaffung von Geldmitteln mitzuhelfen, damit solche der Geschäftsstelle für die Durchführung ihrer Aufgaben in dem erforderlichen Maße zugeführt werden können. In dieser Hinsicht haben die meisten Ortsgruppen bisher die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Der weitere Ausbau und die neueste Entwicklung der Organisation im Jahre 1921 sind in jeder Beziehung befriedigend, zumal zu berücksichtigen ist, daß durch die Tätigkeit des Reichsverbandes der Rheinländer, besonders durch die Aufrufe zum Zusammenschluß aller Rheinländer unsere Bestrebungen immerhin wesentlich einträchtig worden sind. Der Bund „Saar-Verein“ erstreckt sich mit seinen Ortsgruppen, zahlreichen körperschaftlichen und Einzelmitgliedern über das ganze unbefestigte Deutschland und fast allmählich auch unter den Deutschen im Ausland langsam Fuß. Im Anfange 1921 waren 49, am Schlusse des Berichtsjahres 68 Ortsgruppen vorhanden.

Dem Bund „Saar-Verein“ gehören zurzeit an: 3 Ehrenmitglieder, 5 Vorstandsmitglieder, 68 Ortsgruppen mit annähernd 9000 Mitgliedern, die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, 3000 Einzelmitglieder, 138 Städte mit fortlaufenden Jahresbeiträgen, 119 Städte mit einmaligen Beiträgen, 26 Landkreise mit fortlaufenden Jahresbeiträgen, 27 Landkreise mit einmaligen Beiträgen, 198 körperschaftliche Mitglieder, besonders die Hochschullinge deutscher Art in Aachen, Darmstadt, Greifswald, Karlsruhe, München und Tübingen, sowie in Stuttgart, Erlangen, Freiburg, Kiel und Berlin. Von den im Entstehen begriffenen Ortsgruppen seien erwähnt der Saar- und Pfalzverein in Leipzig, der Verein der Birkenfelder in Oldenburg, ferner die „Saar-Vereine“ in Bremen, Königsberg i. Pr., Breslau und Dresden.

Von besonderer Bedeutung sind die mit dem Saarverein in Bayern, Siz München, und mit der Württ. Saarvereinigung, Siz Stuttgart, getroffenen Vereinbarungen. Die bayerische Saarvereinigungs-Organisation tritt dem Bund in Berlin als Orts- bzw. Landesgruppe bei. Der Ausbau der bayerischen Organisation soll sich über den ganzen bayerischen Staat erstrecken. Nach der endgültigen Konstituierung des bayerischen Saarvereins in München soll sofort in Bayern eine große Landesgeldsammlung veranstaltet werden, von deren Ergebnis ein noch festzusetzender Prozentsatz an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin als Beitrag und Zuschuß für die Herstellungskosten der Halbmonatschrift „Saar-Freund“ abgeführt werden soll. Besonderer Dank für das Zustandekommen dieses Ausbaues unserer Organisation gebührt Dr. Karl Meyer in München.

Die Abmachung mit der Württ. Saarvereinigung in Stuttgart geht dahin, daß die in Süddeutschland bestehenden Ortsgruppen, und zwar in Frankfurt a. M., Freiburg, Cassel, Heidelberg, München, Karlsruhe i. B., Darmstadt usw. einer

Arbeitsgemeinschaft der südwestdeutschen Saarvereine

mit dem Sitz in Stuttgart beitreten sollen. Die Vertretung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen Südwestdeutschlands und des Saargebiets in Verbindung mit anderen

wirtschaftlichen Verbänden wahrzunehmen, soll eine ganz besondere Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft sein. Sie wird der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ zur Verfügung gestellt, ohne daß finanzielle Opfer der der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen einzelnen Ortsgruppen notwendig werden, da diese von der Württ. Saarvereinigung in Stuttgart getragen werden. Das Ergebnis dieser Vereinbarung verdanken wir der treuen Arbeit der Herren Jul. Schellenberger, Ferd. Garells und besonders Sr. Excellenz Generalleutnant Dr. v. Maur.

Bei Besprechung des Kassen- und Rechnungswesens führte der Berichterstatter u. a. aus: Der Ausgabe der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ von 460 000 Mark standen nur 90 000 Mark Einnahmen des Bundes gegenüber. Den Rest mußte die Geschäftsstelle „Saar-Berein“ aufbringen. Es ist ihr dies bisher in unermüdlichem Streben und Wirken dank weitgehender und hochherziger privater Hilfe gelungen. In Zukunft aber muß sie mehr als bisher mit der tatkräftigen Unterstützung aller Ortsgruppen gerade auf diesem Gebiete rechnen, damit auch fernerhin das, was bis jetzt erfolgreicherweise geleistet werden konnte, weiter durchgeführt werden kann. Die Vertretung der Interessen der Saargebietsbewohner, Ausgewandelter usw. hat sich die Geschäftsstelle besonders angelegen sein lassen. Von besonderen Arbeiten erwähnt seien die Verhandlungen wegen der Anwendung der Bestimmung des Verdrängungsgesetzes für die aus dem Saargebiet ausgewiesenen und verdrängten Personen, die Denkschrift über die Schaffung einer großen Hilfsaktion im ganzen nichtbesetzten Vaterland zur Unterstützung aller Saargebietsbewohner, welche durch die Frankenwährung als Markempfeänger in Not geraten sind und für die unbedingt und in weitestgehendem Maße Hilfe aus dem unbesetzten Deutschland kommen muß.

Einen weiteren wichtigen Teil unserer Tätigkeit bilden die in sehr großem Umfange in allen deutschen Städten veranstalteten Vortragsabende, durch die das deutsche Volk mit dem Saarproblem, mit dem, was das Saarloch unter den Zwangsbestimmungen von Versailles im besonderen zu erdulden hat, bekannt gemacht wird.

Die Presseabteilung und die damit verbundene Schriftleitung des „Saar-Freund“ haben für unsere Tätigkeit eine besondere Bedeutung. Sie haben dafür zu sorgen, daß Woche für Woche und Monat für Monat die ganze deutsche Presse ihren Lesern von der Not und dem Leid der Saargebietsbewölkerung erzählt, damit unser deutsches Saargebiet das Sorgenkind Alldeutschlands wird. Der „Saar-Freund“ soll zunächst die Verbindung zwischen der Geschäftsstelle unseres Bundes und den einzelnen Ortsgruppen aufrecht erhalten. Zum anderen soll der „Saar-Freund“ den Ortsgruppen das Material an die Hand geben, das in den Ortsgruppen benötigt wird, um aufklärende Arbeit über die Verhältnisse im Saargebiet treiben zu können. Von diesem Gesichtspunkt aus muß in erster Linie die Tätigkeit und der Inhalt des „Saar-Freund“ gewertet werden.

Daneben soll er auch unseren zahlreichen Freundinnen in der Saargebietsarbeit einen leichten Unterhaltungsstoff bieten, der möglichst ebenfalls den Verhältnissen des Saargebiets entnommen ist. Und schließlich soll der „Saar-Freund“ unseren Ortsgruppen die Möglichkeit geben, aus ihrer Tätigkeit den anderen Ortsgruppen mitzuteilen und somit Anregungen aus der einzelnen Ortsgruppentätigkeit geben. Von hier muß die Quelle ausgehen für neue Anregungen für alle Ortsgruppen, d. h. jede Veranlassung einer Ortsgruppe muß eine bestimmte Aufgabe erfüllen. Sie muß sich mit den Problemen des Saargebiets eingehend und tiefgründig beschäftigen und die Frage lösen: In welcher Weise kann die betreffende Versammlung den Zielen des Bundes „Saar-Berein“ dienen? Solche Probleme sollen durch die Berichte der Ortsgruppen im „Saar-Freund“ angeschnitten und erörtert werden. Grundsatz der gesamten Ortsgruppenarbeit, soweit sie im „Saar-Freund“ Ausdruck findet, sollte sein, nur in ernster, fördernder Arbeit des Saargebiets zu gedenken.

Darüber hinaus hat es die Presseabteilung als ihre besondere Pflicht erachtet, in immer größerem Maße Verbindungen mit der deutschen Presse zu bekommen. Es ist festzustellen, daß nicht nur die deutsche Presse, sondern auch die Auslandspresse in immer größerem Maße sich der Dinge annimmt, die wir unter dem Stichwort „Saargebietsfrage“ verstehen. Auch in der Pressearbeit ist die Mitarbeit der Ortsgruppen nicht nur erwünscht, sondern dringend erforderlich.

Auch im Ausland ist der „Saar-Freund“ in erfreulicher Verbreitung begriffen. Von den Deutschen im Ausland kommen immer wieder Zuschriften, die sich begeistert darüber äußern, daß dem bedrängten Saargebiet ein derart aufrichtiger Freund entstanden sei im „Saar-Freund“, und die uns die Gewißheit geben, daß sie mit uns den Kampf führen wollen gegen die Bestrebungen Frankreichs im deutschen Saargebiet. — Im Anschluß an diesen Bericht führte ein Mitglied des Beratungs- und Aufsichtsausschusses u. a. aus: Gestatten Sie mir ein kurzes Wort. Sie haben aus den begeisternden klaren Worten des Herrn Vogel gehört, welche Fülle von Arbeit in der Verwaltung des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ geleistet worden ist.

Aber so eingehend der Vortrag war, kein einzelner macht sich einen Begriff von der Arbeit im Büro der Geschäftsstelle in Berlin. Als Mitglied des Beratungs- und Aufsichtsausschusses habe ich Einblick genommen in die Kassenführung, Verwaltung, Korrespondenz usw. Gewaltige Arbeiten sind zu leisten. Ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß wir alle, die wir die Saar kennen und lieben, uns zusammenschließen müssen und eins sein in dem:

Wir müssen der Saar helfen!

müssen wir diesen festen Willen aus dem unbesetzten Gebiete hinübertragen nach der Saar, wo unter dem Druck der Gewalt von bösen Feinden die Saardeutschen leben müssen. Solche von Herzen geleistete Arbeit wird zum Segen reichen unserem ganzen Vaterland. Das eine ist not, daß wir alle zusammenstehen. Sie haben gehört von den Mitten, welche gewaltigen Mittel notwendig sind, um die Arbeit weiter zu führen. Wenn wir von der Notwendigkeit unserer Arbeit überzeugt sind, dann müssen wir dafür Sorge tragen, daß die größeren Mittel vorhanden sind. Unterstützen Sie den „Saar-Berein“, damit er den Mut und die Mittel hat, weiter zu arbeiten. Ich handle wohl in Ihrer aller Sinne, wenn ich der Geschäftsführung den heißen Dank ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Ingenieur Trog, Halle, macht im Anschluß an den Bericht des Herrn Vogel darauf aufmerksam, daß eine gewisse Reichsbehörde der Arbeit des „Saarvereins“ nicht das notwendige Verständnis und die nötige Unterstützung entgegenbringt. Die Ortsgruppe Halle ist sich darin einig, daß hierin Wandel geschaffen werden muß. Sie hat daher eine Entschliebung eingebracht, die er dem Bundestag zur Annahme empfiehlt.

Steiger Geibel, Bottrop: Ich muß aus der praktischen Arbeit heraus sagen, daß hier im Industriebezirk, obwohl das Interesse vorbildlich, der deutsche Gedanke am wachsamsten ist, sagen, daß unsere Arbeit trotzdem auf einen gewissen Stillstand angekommen ist. Wer praktisch arbeitet, weiß, daß mehr geschehen könnte. Daher mache ich einen Vorschlag dahingehend, daß im nichtbesetzten Gebiete unbedingt

ein straffer Aufbau

geschaffen, daß ein Arbeitsbezirk Westdeutschland geschaffen wird, der den rheinisch-westfälischen Industriebezirk umfaßt, mit einem Bezirksvorstand und eventuell, wenn Geld genug vorhanden, mit einem Geschäftsführer. Nur so können wir hineinwachsen in eine große deutsche Bewegung. Hier im Industriebezirk sitzen die meisten Saarländer und Ausgewiesenen. Diese müssen gewonnen werden, es muß dafür gesorgt werden, daß sie nicht abseits bleiben. Wenn wir hineinwachsen wollen in die Bewegung, dann muß der Aufbau von unten erfolgen. Klar muß die Idee vor uns stehen, klar die Wege und Ziele. Und so gipfelt mein Antrag in der Forderung: Der rheinisch-westfälische Bezirk muß abgegrenzt werden, und zwar geographisch entsprechend der rheinisch-westfälischen Industrie.

Nikola-Jäern: Wir alle haben von der finanziellen Notlage des Saarbundes gehört, und so drängt sich uns die Frage auf: Wie können wir helfen, diese Not zu beheben? Ich als deutscher Mann erbiere mich, jeden Monat eine Uebersicht zu machen und dieses Geld nach Berlin zu überweisen. Ich hoffe, daß dieser Vorschlag und Wille als Arbeiter an maßgebender Stelle gewürdigt und vielleicht nachgeahmt werden wird. (Lebhaftes Bravo.)

Der Antrag Halle, der die in Frage kommenden Reichsstellen ersucht, mehr als bisher den Bestrebungen des Bundes „Saar-Berein“ Beachtung und Verständnis zu widmen im Interesse des Saargebiets und seiner Bevölkerung, fand einstimmige Annahme; auch die Anregungen der Ortsgruppe Bottrop auf Zusammenschluß der Ortsgruppen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks zu einer Landesgruppe fand allgemeine Billigung. Auf Antrag Bottrop wurde der 1. stellvertretende Vorsitzende Schneider beauftragt, die Organisation der Landesgruppe Westdeutschland so bald als möglich zu veranlassen.

Damit war die Besprechung des Geschäftsberichts beendet, so daß zum nächsten Punkt:

Ersatzwahl für den bisherigen Bundesvorsitzenden

geschritten werden konnte. Kammergerichtsrat Dr. Zilleßen-Berlin hat mit Rücksicht auf seine dienstliche Inanspruchnahme sein Amt niedergelegt. Vorgeschlagen wurde

Oberlandesgerichtsrat Otto Andres-Naumburg a. S.,

der hierauf einstimmig und mit Beifall zum 1. Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Oberlandesgerichtsrat Otto Andres nahm die Wahl an und übernahm den Vorsitz mit folgenden Worten:

Für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Vorsitzenden bewiesen haben, danke ich von Herzen. Ich werde mir Mühe geben, das Vertrauen zu rechtfertigen und mich voll in den Dienst unserer guten Sache stellen. Möge es uns gelingen, das

Deutschtum im Saargebiet so stark zu erhalten, alle Saarländer so fest zusammenzuschließen und das Interesse an dem Saargebiet in ganz Deutschland so zu wecken und wachzuhalten, daß wir wieder gewinnen, was wir verloren haben und was zu uns gehört

aus der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Man kam hierauf zur Beschlußfassung über die vorliegenden

Anträge und Anregungen.

Vom Bundesvorstand wurde beantragt, den Vorstand durch Zuwahl von 10 Beisitzern auf 15 zu erweitern und entsprechend eine Abänderung der Satzungen vorzunehmen. Nach eingehender Besprechung, in der zum Ausdruck kam, daß es den Bezirks- und Landesgruppen vorbehalten bleiben sollte, über diese Zahl hinaus ein Vorstandsmitglied zu ernennen, wurde die Satzungsänderung wie folgt beschlossen:

§ 7 der Satzungen erhält folgende Fassung:

„Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellv. Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und zwölf Beisitzern. Die Bezirks- und Landesgruppen können über diese Zahl hinaus Mitglieder in den Vorstand wählen. Die Vorsitzenden und die Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung (Bundestagung) auf drei Jahre gewählt, der Geschäftsführer ist für die Dauer des Bestehens des Bundes der jeweilige Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Berein“. Demselben liegt die Führung der laufenden Geschäfte ob, er ist dem Vorstande verantwortlich und verpflichtet, der alljährlichen Mitgliederversammlung (Bundestagung) den Tätigkeits- und Kassenbericht zu erstatten.

Der Vorstand beschließt über alle wichtigen Aufgaben und Veranstaltungen und über alle im Laufe des Geschäftsjahres neu auftretenden Fragen. Er beruft die Mitgliederversammlung (Bundestagung) und setzt die Tagesordnung fest.

Der Vorsitzende des Bundes, sein Stellvertreter oder der Geschäftsführer vertreten den Bund „Saar-Berein“ nach außen.

Mindestens alle vier Monate soll eine Vorstandssitzung stattfinden. Der Vorstand ist außerdem auf Verlangen von wenigstens vier Mitgliedern zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung einzuberufen.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens sechs Mitgliedern erforderlich. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Alle Ämter, die vom Vorstande verwaltet werden, sind Ehrenämter. Für die zur Erledigung wichtiger Geschäfte erforderlichen besonderen Reisen des Vorsitzenden bzw. seines Stellvertreters können Reisekosten und Tagegelder gewährt werden.

Ferner wurden folgende Satzungsänderungen beschlossen:

§ 10 der Satzungen erhält folgende Fassung:

„Die Mittel des Bundes bestehen aus den Ortsgruppen- und Mitgliederbeiträgen, aus freiwilligen Zuwendungen, aus dem Ergebnis von Sammlungen und Veranstaltungen, welche auf Grund eines alljährlich von der Mitgliederversammlung (Bundestagung) zu bewilligenden Haushaltsplanes der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ zur Verfügung gestellt sind. Der Geschäftsführer hat alljährlich über die Einnahmen und Ausgaben auf Grund des Haushaltsplanes Rechnung zu legen, welche von zwei Rechnungsprüfern vor der Mitgliederversammlung (Bundestagung) zu prüfen ist, worauf Entlastung des Geschäftsführers und des Vorstandes beantragt wird.“

§ 6: hinter Mitgliederversammlung (Bundestagung), desgl. § 8 hinter Mitgliederversammlung. § 1 soll einen zweiten Absatz erhalten wie folgt:

„Die dem Bunde angeschlossenen Ortsgruppen (Saarländer-, Pfälzer-, Rheinländer-, Birkenfelder- und sonstige Vereinigungen) dienen den Zwecken des Bundes „Saar-Berein“ durch Werbung von Mitgliedern, durch Mitgliederversammlungen, Veranstaltung von Versammlungen und ständige Mitarbeit auf den verschiedenen Gebieten der für die Erhaltung und Stärkung des Deutschums im Saargebiet erforderlichen Arbeiten.“

Zu Punkt

Neuwahl und Ergänzung des Vorstandes

machte

Seminarlehrer Debusmann-Essen den Vorschlag, den Vorstand lediglich aus Mitgliedern des Bundes zu wählen, da nur dadurch die Gewähr gegeben ist, fördernde Arbeit im Interesse unserer Saarheimat zu tun. Ebenso wie man der Landesgruppe Bayern ein Vorstandsmitglied zubilligt, müßten auch den übrigen Landesgruppen, die eventuell nach dem Vorschlag Geibel noch ins Leben zu rufen sind, die Möglichkeit haben, ihre Vertreter für den Vorstand zu benennen. Im Industriebezirk ist nach dieser Richtung hin bereits gearbeitet worden, aber nicht abschließend. Erwägenswert ist, ob es nicht angebracht ist, einen Ehrenausschuß mit Namen von gutem Klang zu wählen.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß wir hoffentlich später dazu kommen, was Debusmann anstrebt. Der Vorschlag setzt eine festere Organisation voraus. Man warte die Entwicklung ab, um dann den Vorschlägen Geibel/Debusmann näherzutreten. Wir wollen kein starres System errichten, also uns auf ewige Zeiten festlegen, sondern wir richten uns nach den Forderungen des Tages.

Generalleutnant Erz. von Maur-München schlägt vor, die Satzungsänderung dahingehend vorzunehmen, daß hier von der Bundesversammlung 15 Mitglieder gewählt werden, daß aber von den Landes- und Bezirkegruppen noch weitere Mitglieder bis insgesamt 21 für den Vorstand benannt werden dürfen.

Diese Anregung fand allgemeine Annahme. Man einigte sich schließlich auf folgende Vorschlagsliste, der mit großer Mehrheit zugestimmt wurde:

1. Vorsitzender: Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg, stellvertr. Vorsitzender: Gewerkschaftssekretär Schneider-Herne; Geschäftsführer: Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin; Mitglieder: Studienrat Dr. Scholl-Essen, Kaufmann G. Pillon-Düsseldorf, Staatsminister Dr. Südekum, Staatsminister A. Stegerwald-Berlin, Staatsminister Oberbürgermeister a. D. Dominicus-Berlin, M. d. L.; Gewerkschaftssekretär Rauber-Hamborn, Magistratsbeamter Dr. Meyer-München, Kaufmann Weil-München, Generalleutnant Dr. von Maur-Stuttgart, Regierungsrat Bahren, M. d. L., Berlin, Ingenieur Desterle-Karlsruhe.

Es ist Wert darauf gelegt worden, die Verteilung so vorzunehmen, daß die einzelnen Bezirke und Landesteile vertreten sind; z. B. Westfalen hat im Vorstand drei Mitglieder.

Nach kurzer Debatte werden als Rechnungsprüfer für 1922 die Herren Rechnungsrat Rosenkränzer, Direktor Schäfer und Rechtsanwalt Leibl, alle Berlin, gewählt.

Ueber die

Ausgewiesenen- und Flüchtlingsfürsorge

berichtete Gewerkschaftsleiter Ommert: Die Ausgewiesenen- und Flüchtlingsfürsorge wird durch den sogenannten Unterstützungs- und Fürsorgeausschuß wahrgenommen. Ihm gehören an als Vorsitzender Gewerkschaftsleiter A. Ommert-Berlin, als Beisitzer die Herren: Geh. Regierungsrat Debus, Rechnungsrat Rosenkränzer und Magistratssekretär Halbach, alle in Berlin.

Die Aufgabe des Unterstützungs- und Fürsorgeausschusses soll für die Ausgewiesenen und Flüchtlinge, die prophylaktische Fürsorge im Saargebiet selbst und die Verwaltung der dafür zur Verfügung stehenden Gelder, sowie die Beschlußfassung über die Verwendung derselben sein. Die Fürsorgetätigkeit selbst ist von Anfang an in engster Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, dem Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten und der Flüchtlingsfürsorge des Bundes der Deutschen Grenzmarkenshutzverbände wahrgenommen. Durch äußerste Sparsamkeit der durch private Sammlungen aufgebrachtten Gelder war es weiter möglich, jetzt an die Kleinrentner, Witwen und Waisen, die Marktempfänger sind, größere Summen zu verteilen, welche mit großer, freudiger Dankbarkeit aufgenommen wurden. Es wurden bisher ausgegeben:

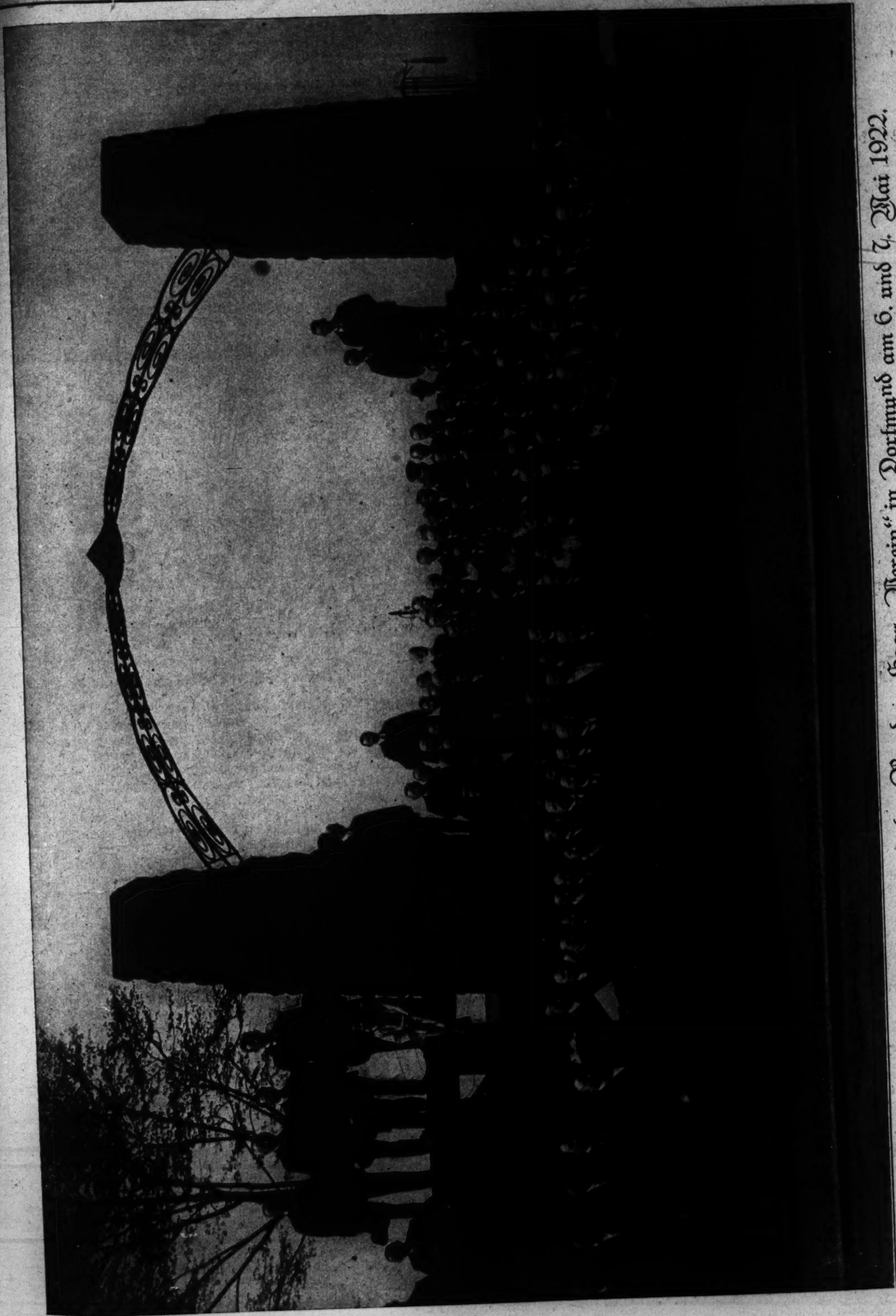
Für einmalige kleinere Unterstützungen	40 342 M.
Für Fürsorge der anlässlich des Beamtenstreiks ausgewiesenen Beamten im ganzen	149 600 „
Für prophylaktische Fürsorge	273 000 „
An bedürftige Kriegshinterbliebene im Saargebiet	100 000 „
Für die Opfer von Saarwellingen bisher	20 000 „
Für in besonders gelagerten Fällen gegebene Darlehen usw.	31 350 „

Insgesamt wurden bisher 618 294 M.

verausgabt. Die Hauptaufgabe des Ausschusses ist, weitere Geldmittel aufzubringen. Es darf keine Mühe gescheut werden, um unseren Brüdern und Schwestern an der Saar zu beweisen, daß wir in jedem Falle hinter ihnen stehen. Trifft einem der guten deutschen Kämpfer das Schicksal der Ausweisung oder des Flüchtigerwerdens, dann soll er wissen, daß alles, was in unseren Kräften steht, für ihn gern getan werden wird. Andererseits aber wollen wir auch denen, so gut wie es geht, helfen, die dort kümmerlich als Marktempfänger ihr Leben fristen. Und das ist die große Aufgabe der prophylaktischen Fürsorge, die unbedingt gelöst werden muß. Ich bitte im Namen des Unterstützungs- und Fürsorgeausschusses und unserer Saarheimatsache überhaupt, helfen auch Sie uns mitarbeiten, damit wir den Anforderungen, die an uns im Laufe der kommenden Jahre bis zur Abstimmung noch gestellt werden, gerecht werden können, indem jede Ortsgruppe gleich der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ in Berlin es versucht,

1. die Ausgewiesenen und Flüchtlinge an Ort und Stelle unter Mitarbeit der Ortsvereine vom Roten Kreuz zu unterstützen und ihnen Arbeit zu schaffen, und
2. Gelder aufzubringen, um sie nach der Geschäftsstelle für die Durchführung der prophylaktischen, d. h. vorsorgenden Fürsorge abführen zu können.

Polizeiobersekretär Heinrich, Hannover, bespricht die Handhabung der Flüchtlingsfürsorge. Im allgemeinen muß man das Gute derselben anerkennen. Aber es gibt doch Fälle, wo sie versagt hat, besonders bei der Wohnungsbeschaffung für Flüchtlinge. Er geht dann auf einzelne Fälle dieser Art ein.



Teilnehmer der 2. Bundesstagung des Bundes „Saar-Verein“ in Dortmund am 6. und 7. Mai 1922.

Diese Ausführungen wurden von einigen Ausgewiesenen noch ergänzt, die bittere Klage führten gegen das „Fürsorgeamt für Beamte aus den besetzten Gebieten“ sowohl wie auch besonders über das

völlige Versagen der behördlichen Wohnungsfürsorge für Saarflüchtlinge.

In einem Fall hat der betreffende ausgewiesene Beamte bis heute, trotzdem seit seiner Ausweisung 2 Jahre vergangen sind, noch nichts erhalten. Er kennzeichnete auf Grund seiner eigenen Erfahrung als Ausgewiesener, in welcher unzureichender Weise seitens der deutschen Behörden die erforderliche Unterstützung gewährt wird, und bittet die Bundesleitung, die Herren Abgeordneten zu veranlassen, daß den Saarflüchtlingen geholfen wird. Geradezu empörend ist das Verhalten der Behörden in der Wohnungsfürsorge für Saarflüchtlinge. Es ist leider keine Seltenheit, daß Flüchtlinge, also Personen und Familien, die keinerlei Wohnungsmöglichkeiten haben, weil sie ihre Wohnungen im Saargebiet verlassen mußten, jahrelang ohne Wohnung geblieben sind; es gibt heute noch Ausgewiesene aus der Zeit des Beamtenstreiks im August 1920, die noch immer wohnungslos sind, deren Möbel auf Möbelspeichern verkommen, die neben der seelischen Leiden also noch schwere materielle Schäden haben. Alle bisher angerufenen Behörden haben darin versagt, sie erklärten, nicht zuständig zu sein. Hier muß eine Aenderung eintreten.

Die Versammlung stimmte hierauf folgenden Entschliessungen zu:

„Die Generalversammlung des Bundes „Saar-Berein“ am 7. Mai 1922 in Dortmund spricht ihre einstimmige Entrüstung über das mangelnde Entgegenkommen des „Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten“ gegenüber vertriebenen Beamten aus dem Saargebiet aus, das sich in sachlicher Hinsicht durch kleinliche Pfennigrechnung gegenüber Entschädigungsansprüchen und in formeller Hinsicht durch monatelange Verzögerung von Entscheidungen über solche Ansprüche äußert, und hofft auf das bestmögliche, daß die Reichs- und Staatsregierung die in diesem Amt befindlichen für ihre Stellung offenbar ungeeigneten Personen umgehend durch solche Beamte ersetzt, die volles Verständnis für die Nöte der Ausgewiesenen und den festen Willen zur Abhilfe haben.“

„Der Bundestag hat mit Entrüstung Kenntnis genommen von den Berichten von Saarflüchtigen über die Behandlung, die sie nach ihrer Ausweisung durch deutsche amtliche Stellen erfahren haben, insbesondere hat sie Kenntnis genommen davon, daß Saarflüchtlinge nicht monatelang sondern jahrelang ohne Wohnung, ohne die zustehenden Tagelöhner geblieben sind, da trotz der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die unteren Amtsstellen versagten.“

Der Bundestag beauftragt die Bundesleitung, durch Fühlungnahme mit den Parlamenten und allen Erfolg versprechenden Körperschaften, auf die Behörden einzuwirken, daß hier sofort für Abhilfe gesorgt wird.“

Neue Aufgaben.

Ein Antrag Heidelberg, begründet durch Direktor Woll, geht dahin, das Saargebiet in Patronate einzuteilen, die auf die einzelnen Ortsgruppen verteilt werden. Die Ortsgruppen sollen sich für die besonderen Bedürfnisse in ihrem Patronat interessieren und sich dort für das Wohl und Wehe einsetzen, in erster Linie sich der Altrentner und Markempfangen annehmen usw. Es muß Sache der betreffenden Ortsgruppen sein, die für diese charitative Tätigkeit erforderlichen Mittel aufzubringen.

Student Fuchs, Vertreter des Hochschulringes deutscher Art, empfiehlt gleichfalls die Annahme des Vorschlages Heidelberg mit Hinweis darauf, daß die im S. d. A. vereinigten Studenten eine ähnliche Arbeit mit äußerst günstigem Erfolg betreiben.

Der Vorstand wurde beauftragt, im Sinne dieser Anregung auf Schaffung von Patronaten weiter tätig zu sein.

Ferner lagen Anträge vor u. a. von der Ortsgruppe Buer i. Westf., die Verkehrsfragen vom und zum Saargebiet betreffen. Sie wurden dem Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen. Dortmund verlangte eine einheitliche Regelung der Flüchtlingsfürsorge, Einstellung von Feriensonderzügen, Neuregelung der Pausenzeiten usw. Auch hier wurde der Vorstand mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit beauftragt.

Dem Antrag auf wöchentliches Erscheinen des „Saarfreund“ konnte wegen Mangel an Geldmitteln vorerst nicht näher getreten werden.

Die übrigen Punkte waren durch die vorausgegangene Besprechung bereits im wesentlichen erledigt.

Direktor Schaffen vom Bund der deutschen Grenzmarkenschutzverbände sprach noch kurz über die

Unterstützung aller kulturellen Aufgaben

besonders der Bestrebungen des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Berein“. Seine Ausführungen gipfelten in dem Antrag:

„Von der Generalversammlung wird der Vorstand beauftragt, die kulturellen Aufgaben energisch in Angriff zu nehmen in Verbindung mit den auf diesem Gebiete arbeitenden Vereinen.“

Zu Punkt 10, Bestimmung des Ortes für die nächste Bundestagung, lagen Anträge von Halle, München und Karlsruhe vor. Nach längerer Besprechung einigte man sich nahezu einstimmig auf

Karlsruhe,

was mit großem Beifall begrüßt wurde.

Damit war die Tagesordnung der geschäftlichen Sitzung erschöpft. Der Vorsitzende schloß mit den Wünschen auf gute Entwicklung der Gedanken und Anregungen, wie sie hier zum Ausdruck gekommen sind, die Verhandlungen.

Es folgte ein gemeinsames Essen im „Lindenhof“, bei welchem Oberbergrat Dr. Weise in warmen Worten des Saargebiets gedachte, das seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung nach immer deutsch war und es hoffentlich immer deutsch bleiben werde. Sein Hoch galt der deutschen Saarheimat und seiner Bevölkerung.

Die große Saarkundgebung im „Eintrachtshaus“.

Inzwischen hatte sich der große Saal des „Eintrachtshauses“ bereits gefüllt, wo in öffentlicher Versammlung eine große Kundgebung zugunsten des Saargebiets und seiner vergewaltigten Bevölkerung stattfand. Saal und Ränge waren voll besetzt. Bürger aus allen Ständen und Kreisen der Stadt Dortmund und ihrer näheren Umgebung waren erschienen, darunter auch Oberbürgermeister Dr. Eichhoff-Dortmund. Unter den Besuchern, die ihr erwachtes Interesse für das Saargebiet bekundeten, bemerkten wir zahlreiche Vertreter des Arbeiter- und kleinen Mittelstandes, die sich trotz des herrlichen Maisontags nicht hatten zurückhalten lassen.

Die Kundgebung wurde eingeleitet mit einem von einem hiesigen Mitglied verfaßten Vortrags, wirkungs- und temperamentvoll vorgetragen von Herrn Pittschau, Mitglied des Dortmunder Stadttheaters. Nach einigen Konzertsünden der städtischen Jugendkapelle richtete der 1. Bundesvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat D. Andres-Raumburg, folgende Begrüßungsworte an die Versammlung:

„Wir entbieten

unseren Gruß unseren Brüdern und Schwestern an der Saar,

die in hartem Kampf stehen für ihr Deutschtum und für ihre Freiheit, und wir geloben ihnen Treue um Treue. Die Unterstellung des Saargebietes unter eine Regierung des Völkerbundes unterscheidet sich wesentlich von den meisten übrigen Abtretungen, zu denen die Uebermacht der Feinde uns gezwungen hat. Während uns die Abtretung von Elsaß-Lothringen aufzuzwingen wurde, um ein angeblich 1870 begangenes Unrecht wieder auszumachen, die Abtretung eines Teiles der Provinz Posen und Westpreußen und Oberschlesien erfolgte, um den wiederaufstehenden polnischen Staat lebendig zu machen, die Abtretung der Kreise Eupen und Malmédy ohne begründete Rechtslage unter Beiseiteschiebung geschlossener Staatsverträge durchgeführt wurde, so hat man bei diesen Abtretungen äußerlich, wenn auch nur notdürftig, den Schein zu wahren versucht, als geschähen sie in Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Nur die Regelung der Saargebietsfrage ist ohne jede Beachtung dieses Selbstbestimmungsrechts erfolgt. Man hat diese Regelung getroffen, angeblich „um die ungestörte Ausbeutung der Saargruben“ durch Frankreich zu gewährleisten. Was Wilson als höchst abscheuliche Geflogenheit verworfen hatte, nämlich das Verschieben von Gebieten, als wenn es sich um Figuren auf einem Schachbrett handelte, hier an der Saar wurde es auf das Schamloseste getan, nachdem man eben erst Waffenstillstand geschlossen und den vertrauensseligen Gegner zum Niederlegen der Waffen zu veranlassen vermocht hatte. Das ist einer der wundesten Punkte in dem an wunden Punkten reichen Diktat von Versailles. Wir, die wir uns in den Dienst des Volkes an der Saar gestellt haben, haben die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen und es hinauszuschreiben in die Welt, damit bekannt wird, in welcher Weise Frankreich zur Erreichung seiner Ziele vorgegangen ist.

Man hat gesagt: Deutschland soll das Saargebiet ja nicht abtreten, sondern nur auf die Regierung dort für eine Zeit verzichten, dann soll die Volksabstimmung entscheiden. Ein dünnes Mäntelchen. Man hat dabei vergessen, daß nach dem Grundsatz der Demokratie jede Regierung nichts anderes sein darf, als ein Ausfluß des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dieses Recht ist an der Saar mit Füßen getreten, wenn man dem Volk auf 15 Jahre eine Regierung aufzwingt, die es nicht haben will. Wir ziehen aber, so lange wir

uns nicht anders wehren können, die klare Folgerung aus dem Grundsatz der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und verlangen, daß die in dem Zwangsvertrag von Versailles festgestellten Bestimmungen Geltung erhalten. Und wir stellen fest, daß selbst nach dem schandbaren Machtgebot von Versailles

Das Land an der Saar noch deutsch

ist. Helfen Sie die Erinnerung an unsere Brüder an der Saar, deren Recht mit Füßen getreten worden ist, wachzuhalten, helfen Sie ihnen, stark zu bleiben in dem schweren Kampf um ihr Deutschtum.“

Namens der Zentrumsparlei sprach hierauf Redakteur Marmert-Gulda. Er führte u. a. aus: Eine Veranstaltung wie die heutige hat nicht nur große Bedeutung für die Saarvereine und für das Saargebiet, sondern für das ganze deutsche Volk.

Jede Saarfrage ist eine deutsche Frage!

Daher und unserer bedrängten Volksgenossen an der Saar wegen schenken auch alle Parteien der Saarfrage die allergrößte Aufmerksamkeit. Von der Zentrumsparlei kann ich sagen, daß sie stets bereit sein wird, mit allen Kräften an der Erleichterung des harten Loses unserer bedrängten Schwestern und Brüder an der Saar mitzuwirken. Unser Ziel muß sein, sobald wie möglich wieder die völlige Vereinigung des Saargebietes mit unserem Vaterlande zu erreichen. Die maßgebenden Stellen meiner Partei haben mich beauftragt, hier zu erklären, daß die Partei jederzeit bereit ist, für die Erreichung dieses Zieles Schulter an Schulter mit jedem Volksgenossen und jeder Volksgenossin zu kämpfen. Dabei ist es für meine Partei eine besonders große Freude, feststellen zu können, daß in Saarfragen im allgemeinen bei den Parteien im Reiche und den in Betracht kommenden Ländern eine so große Geschlossenheit besteht wie in kaum einer anderen Frage. Möge dies so bleiben und möge darüber hinaus das ganze deutsche Volk einig und geschlossen zusammenstehen in dem harten Kampfe zur Befreiung unseres lieben Saarlandes.

Warum ist das Saargebiet historisch deutsch?

Der Kampf um unser industriereiches und landschaftlich so schönes Saargebiet wird sehr hart werden. Das urdeutsche, etwa 2000 qkm große Gebiet, mit seinen rund 750 000 Einwohnern, wird von den Franzosen mehr denn je begehrt, obwohl die Bevölkerung nach Abstammung, Sprache und Sitte rein deutsch ist. Kein fremdes Blut fließt in ihren Adern. Auch gezeugene Ausländer gab es im Saargebiet bis zum Einzug der Franzosen im November 1918 fast gar nicht. Die Gruben- und Hüttenbetriebe beschäftigten grundsätzlich nur Leute, die aus dem Saargebiet oder seiner nächsten Umgebung stammten. Man darf daher ohne Uebertreibung sagen, daß das Saargebiet zu jenen Teilen unseres Vaterlandes gehört, die die reinste deutsche Bevölkerung haben. Frankreich aber versucht, begünstigt durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages und durch willkürliche Auslegung seiner Paragraphen, mit allen Mitteln

die Verwelschung des Saarlandes

zu erreichen; aber noch ist es kein französisches Gebiet. Das gepeinigte Saarpolk hat sich bisher den Verwelschungsbestrebungen gegenüber bewundernswürdig gehalten. Ungeheuer harte Kämpfe spielten sich bisher schon im Saargebiet ab. Aber sie werden noch viel schlimmer werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Kämpfe geführt werden müssen gegen einen sich allmächtig fühlenden, hochmütig gewordenen Gegner. Er behauptet immer, er habe einen geschichtlichen Anspruch, ein historisches Recht auf das Saargebiet. Diese Behauptung steht mit den Tatsachen vollständig in Widerspruch. Das Saargebiet gehörte schon im ersten Jahrhundert nach Christi zu Obergermanien. Es wurde ebenso wie das übrige linke Rheinufer in der Zeit der Völkerwanderung von germanischen Franken und Alemannen in Besitz genommen. Auch französische Einwanderung in das Gebiet hat trotz der nahen Grenze fast gar nicht stattgefunden. Ferner ist, abgesehen von Ludwig XIV., französischerseits auch kein Versuch gemacht worden, im Saargebiet Ansiedlungen vorzunehmen.

Karten aus der alten Zeit zeigen, daß Frankreichs Grenze durchweg weit westlich vom Saargebiet liegt. Zudem haben sich im Jahre 1815 unter der Führung unseres Landesmannes Böcking die Bürger Saarbrückens ausdrücklich

für den Anschluß an Preußen

ausgesprochen, nachdem sie das Unglück gehabt hatten, durch den ersten Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 gegen den Willen der Bevölkerung Frankreich zugesprochen zu werden. Die Bevölkerung Saarbrückens in ihrer großen Masse zeigte daher gelegentlich der Durchreise des Fürsten

Harzenberg klar und bestimmt ihr Begehren, wieder mit Deutschland vereinigt zu werden. Deutsche, vaterländische Lieder durchbrauten die Straßen der festlich geschmückten Stadt. Illuminationen wurden veranstaltet und kein Haus blieb unbeleuchtet. Das Verhalten der Bevölkerung kann — den damaligen Zeitverhältnissen entsprechend — als eine Abstimmung zugunsten der Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche aufgefaßt werden.

Es war wohl das erste Mal in der Geschichte, daß die Bevölkerung eines Landes über ihr Schicksal selbst entscheiden oder wenigstens doch mitentscheiden konnte. Diesem Umstande war es auch zu verdanken, daß auf den Besitz des Saarbrücker Landes französischerseits in den folgenden Jahrzehnten kein Anspruch mehr erhoben worden ist. Ohne Ausübung irgendwelchen Zwanges hatte sich die Bevölkerung dahin entschieden, deutsch zu bleiben, wie sie es von Anbeginn ihrer Geschichte war. Klar hatte sie erkannt, daß sie der Sprache, Sitte und Abstammung nach sich am verwandtesten mit Deutschland fühlte und daß letzten Endes hier auch seine wirtschaftlichen Interessen lagen.

Frankreich hat dann verschiedentlich versucht, sich in den Besitz des Saargebietes zu setzen, und auch seine heutige Vergewaltigungspolitik im Saargebiet bedeutet nichts anderes als die Wiederaufnahme der früheren Versuche. Was einst „Reunion“ und „Kompensation“ hieß, das heißt

heute „Reparation“.

Unter all diesen Decknamen versteckt sich das ständige Begehren des französischen Volkes nach den Bodenschätzen des Saargebietes und nach wirtschaftlichem Gewinn. Es widerspricht aber allen heutigen Anschauungen und Rechtsauffassungen, ein Volk deshalb zu unterjochen und der Fremdherrschaft auszuliefern, um sich die ihm gehörigen Bodenschätze anzueignen. Das Selbstbestimmungsrecht hat die Saarbevölkerung schon vor hundert Jahren mit dem Erfolg ausgeübt, daß sie zu Deutschland gehören wollte und auch gekommen ist. Selbst die Franzosen werden dies nicht leugnen können und trotz ihrer Schwindeleien von angeblich 150 000 Saarländern, die eine Eingabe für die Angliederung an Frankreich gemacht hätten, werden sie zugeben müssen, daß das Saargebiet ein rein deutsches Land ist, worauf Deutschland einen unanfechtbaren historischen Anspruch hat. Es ist daher eine Vergewaltigung schlimmster Art, daß man der Bevölkerung des Saargebietes ihre Bodenschätze genommen hat und ihr eine Landesfremde Regierung aufzwang, sie mit Machtmitteln ausstattete, die sie in die Lage versetzten, Verwelschungspolitik nach Lust und Liebe zu treiben. Unsere gutdeutschen Landsleute werden sich aber auch jetzt nicht irre machen lassen. Sie halten wie ihre Vorfahren in früheren Jahrhunderten an ihrem Deutschtum fest, erwarten aber auch, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sie nicht im Stich läßt.

Bei dieser

Aufklärungsarbeit

erwächst gerade den „Saar-Vereinen“ eine große Aufgabe. Wenn irgendeine private Organisation berufen ist, darauf hinzuwirken, daß allen die Augen geöffnet werden über das Unrecht von Versailles und insbesondere über die Zustände im Saargebiet, dann ist es m. E. der „Saar-Verein“. Sachliches Aufklärungs-material bietet u. a. der „Saarfreund“, das Mitteilungsblatt des Bundes, das vierteljährlich für 6 Mark bei jeder Postanstalt bestellt werden kann.

Und noch eins bitte ich beachten zu wollen. In einem Gebiet, das unter der Fremdherrschaft steht, wie dies beim Saargebiet der Fall ist, dort, wo die Bevölkerung sich fast verzehrt in Sehnsucht nach einer engen Wiedervereinigung mit dem Mutterlande, beobachtet man besonders scharf alle Vorgänge in der alten Heimat. Dies gilt gegenwärtig auch für die Bewohner des Saargebietes. Sie empfinden mehr als anderswo, daß es unbedingt notwendig ist, in Deutschland endlich einmal alle kleinlichen parteipolitischen Gesichtspunkte zurückzustellen.

Das Saargebiet ist auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland verbunden. Aber nicht allein um das Saargebiet geht es, sondern um die Ehre des deutschen Volkes handelt es sich bei der Saarfrage. Ist das deutsche Volk nicht bereit, sowohl in seinem eigenen Interesse als auch im Interesse seiner Schwestern und Brüder an der Saar das größte Opfer zu bringen, dann besleckt es seinen Namen auf das schändlichste; denn nichts ist häßlicher und schmachvoller, als wenn jemand seinen Bruder oder seine Schwester in der Stunde der höchsten Gefahr faul oder gar feige im Stich läßt. Daher muß es gelten, alles aufzubieten, was möglich ist,

um das Saargebiet zu retten.

Wollen wir aber das herrliche Land an der Saar mit seinen schönen Bergen und wundervollen Tälern, mit seiner hoch-

entwickelten Industrie, mit seiner treudeutschen Bevölkerung und mit seiner großen deutschen Vergangenheit retten, dann müssen wir fester als je zusammenstehen und das Wohl der Gesamtheit über das des einzelnen stellen.

Der tiefe Schmerz jedes guten Deutschen ob all des Unrechtes, das uns geschieht, und ob der Frohn und Sklaverei, in der unsere Landsleute im Osten und Westen und wir alle mehr oder weniger leben müssen, muß uns läutern, muß endlich dazu führen, daß die Schlacken parteiischer Zerrissenheit von unserem Volke fallen. In deutscher Lebensnot und völkischem Todeskampf müssen wir zusammengeschweißt werden wie die Hüttenwerke an der Saar aus sprödem Eisen Stahl schmieden, biegsam, hart und treu, der nicht bricht.

Wir müssen werden ein Volk mit stählernem Willen, das sich wieder aufwärts ringt, zur Freiheit und zum Licht empor. Und wenn wir es nicht mehr erleben sollten, daß deutsche Arbeit, deutscher Geist und deutsches Wissen die ihr zustehende Weltgeltung wieder erringen, dann wollen wir arbeiten und streben für unsere Nachkommen, damit sie nicht noch einmal die Not der Väter und Tränen der Mütter an sich erleben. Sie sollen mit Stolz und Liebe ihrer Väter gedenken, deren Arbeit und Wirken sie wieder frei gemacht.

Als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei sprach Landtagsabg. Bachem-Berlin. Er führte u. a. aus: „Die Bundestagung des „Saarvereins“ ist für uns in mehr als einer Hinsicht von besonderer Bedeutung. Für alle, die von der Saar vertrieben sind, ist es ein Tag des Wiedersehens, an dem sich der Freund zum Freunde, der Deutsche zum Deutschen wendet und sich wieder frei aussprechen darf. Die Bundestagung ist nicht nur für uns, die wir sie unmittelbar mitmachen, sondern für das ganze deutsche Volk ein Markstein auf dem Wege eines kleinen Völkchens in Not, eines kleinen Völkchens im Kampf. Sie alle wissen, die meisten von Ihnen noch besser als ich, mit welchen Mitteln Frankreich das deutsche Volkstum zu zerrütten, die deutsche Treue zu beeinflussen sich anschickt. Sie alle kennen die Brutalität der französischen Bajonette, die kleinen Schikanen, mit denen ein Volk, das im Weltkrieg manch Lorbeerblatt gepflückt hat, seinen Ruhm schändete. Sie kennen die Brutalität des rollenden Frankens, mit der man deutsches Volkstum, deutsches Ehrgefühl zu entwurzeln trachtet. Sie kennen den Kampf um die kulturelle Zugehörigkeit des Saargebietes zum Deutschen Reich und wissen, wie die Saarregierung versucht, den französischen Sprachunterricht zwangsweise einzuführen. Wenn sie nachher leugnete, daß man die zwangsweise Einführung versucht hat, sondern sagt, daß es sich um freiwilligen Sprachunterricht handelte, so fügt sie zu der Gewalt noch die Lüge hinzu. Sie wissen auch, wie man die wenigen uns im Friedensvertrag gebliebenen Rechte auf Anhörung der Bevölkerung zu durchlöchern versucht hat, durch die Art, in der man die deutschen Kreistage, als Ersatz einer Volksvertretung, gehört hat. Man hat die deutschen Kreistage gehört, nicht um ihre Stimme zu hören, sondern um sie zu verachten. Sie wissen, wie man Kreistage geradezu mit der Macht der Bajonette zu beeinflussen versucht hat. Was man uns jetzt zu bieten gewagt hat als sogenannte Volksvertretung, ist nichts anderes als eine „Spottgeburt von Dreck und Feuer“.

Im Saargebiet tobt noch der Krieg.

Frankreich führt den Kampf mit weniger blutigen, aber mit um so tödlicheren Waffen. Dieser Kampf im Saargebiet hat freilich ein seltsames Gepräge, da nur einer da ist, der angreift, und einer, der sich verteidigen muß. Der Kampf wird um die Seele des Saargebietes gekämpft. Mein Vorredner hat es Ihnen aber in bereicherter Weise an Beispielen aus der Geschichte gezeigt, daß der Kampf um das Saargebiet ein Kampf um das ganze Rheinland ist. Daher verfolgen wir Rheinländer den Kampf des Saargebietes mit treuester Liebe und Opfermut. Das Saarland kämpft den Kampf aber schließlich nicht nur für sich oder für das Rheinland, sondern für das ganze Vaterland.

Ich durfte auf der vorigen Tagung zu Ihnen sagen: Deutschlands Schicksal ist immerdar das Schicksal seiner Grenzgebiete gewesen. Das Saargebiet weiß, welchen Kampfes führt. Es hat in diesem Kampf eine Kraft, einen Willen und Opfermut bewiesen, vor dem die französische Demokratie, die uns doch nach dem Friedensschluß beglücken sollte, den französischen Degen, der immer für die Ritterlichkeit einzutreten vorgibt, in Ehrfurcht und stumm senken mußte.

Aus diesem Kampf des Saargebietes um das Deutschtum, um das Deutsche Reich, um die deutsche Freiheit entspringen für uns alle Pflichten. Sind wir diesen Pflichten immer gerecht geworden? Das ist eine ernste und dringende Frage, die wir uns alle an diesem Marksteintag vorlegen müssen. Es geziemt sich und ist notwendig, hier die Wahrheit zu sagen. Das Saargebiet und sein Kampf ist auch unser Kampf und schließt für uns ein die Pflicht, das, was ist, dem deutschen Volke auch mitzuteilen. Wenn unser Abwehrkampf bisher noch nicht einheitlich war, dann ist hier der

Ort, dies zu sagen und das heilige Gelöbnis für ein besseres Werk abzulegen. Aus der Verhandlung am heutigen Vormittag haben wir, und ich sehe nicht ein, warum ich es hier nicht offen aussprechen soll, gesehen, daß bei manchen behördlichen Stellen manches geschah, was nicht so groß war, wie der Kampf an der Saar. Ich bin überzeugt, daß der gute Wille sicher vorhanden ist. Ich weiß, daß es aber mitunter nicht ganz leicht sein mag, immer das zu tun, was der Hilfschrei von der Saar von jedem einzelnen fordert. Lassen Sie mich an meinem eigenen Beispiel es Ihnen klarlegen. Ich wurde wegen Kranzniederlegung am Blücherdenkmal aus St. Goarshausen ausgewiesen, dann nach Düsseldorf versetzt und hatte von dort aus gerade nach dem Einzug der Franzosen in Düsseldorf Gelegenheit, die Wege zu beobachten, die von den fremden Eroberern gegangen werden sollten, um

in das Herz des deutschen Vaterlandes vorzustößen.

das Herz des deutschen Volkes zu treffen. Ich halte es für meine Pflicht, auch hier zu sagen, daß der Franzose danach strebt, uns untereinander zu spalten, um dadurch um so leichter sein Nachziel zu erreichen. Auf dies letztere habe ich auch vor einem Jahr auf Ihrer Bundestagung hingewiesen. Wenige Wochen später wurde ich wiederum aus Düsseldorf ausgewiesen, mit der Begründung, es sei dem französischen kommandierenden General bekannt geworden, daß ich Mitglied des Saarvereins, und zwar eines seiner tätigsten sei, und es „sei ihm unerträglich, einen solchen Mann unter seinen Augen wohnen zu haben, der in so erbitterter Weise die berechtigten Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet bestreitet.“ Er fügte hinzu, daß er seine Nachrichten aus so sicherer Quelle habe, daß es unnötig sei, ihre Richtigkeit zu bestreiten. Wenn der französische General damit hat zum Ausdruck bringen wollen, er glaube, daß ich eventuell mein Eintreten für die deutsche Saarlage bedauere oder leugne, so irrt er; er irrt, wenn er damit gerechnet hatte, daß ich wegen Zurücknahme des Urteils gegen mich bei ihm vorstellig werden würde. Wenn er diesen Glauben hat, dann kennt er den Geist der Deutschen nicht, kennt den Geist und die Motive nicht, die uns alle in dem Kampf um das deutsche Saargebiet erfüllen und beeinflussen. Sollte daher unter uns wieder ein französischer Spion weilen, so möge er gewissenhaft berichten und von hier mit hinausnehmen, daß das Gefühl des einigen Willens zur Vertretung deutschen Rechts sich hier offenbart habe.

Vielleicht hatten Sie die Absicht, bei der Wahl meiner Person in den Bundesvorstand mir Ihre Dankbarkeit für mein Eintreten zu bezeugen. Ich würde mich schämen müssen vor mir selber, wenn ich gerade aus jenem Vorkommnis und der Begründung meiner Ausweisung die Pflicht nicht erkannt hätte, in der Zwischenzeit gerade für das Saargebiet und die Bestrebungen des Bundes „S. V.“ einzutreten. Das ist gerade

das Wundervolle an dem Geist der Saar,

daß wir uns nicht in Ehrfurcht vor ihm beugen, sondern daß er sich uns mitteilt. Das ist es auch, was ich von der Bundestagung und von jeder Versammlung der Saardeutschen mitnehme. Daher ist es unsere Pflicht, wenn sie auch persönliche Opfer verlangt, den nimmermüden Willen zu haben, den Brüdern an der Saar zu zeigen, daß wir Ihrer gedenken und ihnen helfen. Ich habe immer und wo ich irgend konnte, über die Rheinland- und gerade auch über die Saarfrage gesprochen, um dieser Pflicht Genüge zu tun. Welche Lehren haben nun die deutschen politischen Parteien aus all diesen Vorgängen an der Saar gezogen? Ist es schon gelungen, in dieser Frage die Einheitlichkeit des deutschen Volkes zu schaffen? Wir haben schon viel gesprochen über diese Einigkeit, wir wollen aber, daß diese Einigkeit gelebt wird! Ich weiß, daß die Not der Stunde, daß die schweren Sorgen der Zukunft, daß die immer klarere Erkenntnis von dem Vernichtungswillen unserer Feinde den Willen und den Drang zur Einigkeit immer fester in uns stählen. Wenn es hierin schon vorangegangen ist, so hat uns niemand mehr dabei genützt als Briand, da er vor der französischen Kammer sagte:

„Wir haben eingesehen, daß wir die Rheinlande nicht von Deutschland trennen können, wenn es uns aber schon gelingen würde, die Rheinlande von Preußen zu trennen, wären wir einen Schritt weiter.“

Dies Wort hat sich eingehämmert in Hirn und Herz im Rheinland. Man hat im Rheinland die Nutzenwendung daraus gezogen und ich hoffe, daß sie noch beherzter gezogen wird. Der Kampf des Rheinlandes, in dem der Kampf der Saar den Brennpunkt darstellt, fordert von uns, daß wir nicht nur von der Einigkeit sprechen, sondern daß wir sie leben!

Deutschland hat es nicht leicht, diesen Kampf durchzuführen. Wir haben eng um uns gelagert Mächte von stolzer, starker, nation-

nahter Tradition. Wir sehen sogar, daß der russische Nachbar auf dem Boden seiner Weltpläne sehr wohl versteht, russische Politik zu treiben. Die einigenden Kräfte, die wir im deutschen Volk hatten, haben wir als solche in den schweren Erschütterungen des Krieges verloren. Das alles müßte uns noch ernster und verzagter stimmen, wenn nicht doch wieder die einigenden Kräfte des Zusammenhaltens, des gegenseitigen Verstehens und das Einsehen der inneren Notwendigkeit,

eine starke Einheitsfront

zu schaffen, das Gefühl des Aufeinander-Angewiesenseins immer stärker an die deutschen Herzen pochen. Die stärksten dieser Kräfte sehe ich in dem treuen und tapferen Kämpfen des Saargebietes. Das Saargebiet wird und muß der heilige Tiegel sein, in dem die deutsche Einheit geschmolzen wird. Ich hoffe und bitte Sie, daran mitzuarbeiten, und reiche Ihnen in diesem Sinne im Geiste die Hand, daß aus diesen heiligen Flammen des Saargebietes einstmals gemeinsam für uns alle aufsteigen möge: Der neue deutsche Tag!

Für die Deutsche Volkspartei sprach Dr. Späthmann-Bochum. Er sagte u. a.: Wenn ich gebeten worden bin, einige kurze Worte zu sprechen über

die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes,

so meine ich, daß wir ausgehen müssen von dem hauptsächlichsten, der Kohle. Ein Zehntel des gesamten deutschen Kohlenbestandes entfällt auf das Saargebiet. Mit Oberschlesien zusammen sind wir durch Versailles über ein Drittel unseres gesamten Kohlenbestandes losgeworden, außerdem haben wir monatlich über zwei Millionen Tonnen Reparationskohle bester Qualität zu liefern. Nachdem Frankreich die Kohlenkräfte des Saargebietes und damit die Grundlage der Saarwirtschaft in die Hände bekommen hat, ist es darauf ausgegangen, auch die Industriewerke in seine Gewalt zu bekommen. Das ist ihm mit Ausnahme eines Wertes fast restlos gelungen, indem es die Hälfte des Aktienkapitals im Besitz hat. In besonders raffinierter Weise hat Frankreich die Frankopolitik im Saargebiet verfolgt. Durch zwangsweise Einführung der Frankenzahlung auf den Saargruben, in der Schwerindustrie, für die saarländischen Beamten der Regierung und der Kommunen hat es die Saarwirtschaft erschüttert. Was sich im Saargebiet abspielt, ist das Spiegelbild französischer Gewaltpolitik, die sich in strengen, klaren Richtlinien jetzt auch am Rhein verfolgen läßt. In dem Bestreben zur Erreichung des Zieles, das Rheinland vom übrigen Deutschland zu trennen, wird es Frankreich selbst auf den Bruch mit England ankommen lassen. Der Rhein war schon vor 2000 Jahren das Rückgrat des Germanentums; jetzt versucht es Frankreich, dieses Rückgrat zu brechen. Was sich an der Saar und dem Rheinland abspielt, ist das Werk rabiaten französischer Eroberungspolitik. Trotzdem gibt es Rheinländer, die in der gemeinsten Weise gegen Deutschland wüten. Zu diesen gehört

die Firma Hugo Scholten in Saarbrücken,

die wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Ammoniat ein Schreiben der Ueberwachungsstelle für Ammoniatdünger in Berlin mit einem ganz unverschämten Briefe beantwortete, in welchem sich folgende Stelle befindet:

„Wir machen Ihnen die Mitteilung, daß wir über den Höchstpreis kaufen und über den Höchstpreis verkaufen und so wohl Sie wie auch die Verordnungen, welche die frühere verbrecherische Berliner Regierung erlassen hat, mißachten. Ein Staat, wie Preußen, der seit Jahrhunderten abgeschlossene Verträge mit Füßen tritt, seine Nachbarn räuberisch überfällt und durch den Weltkrieg 7 Millionen Tote auf dem Gewissen hat, ein solcher Schandstaat hat keine Existenzberechtigung, keine Ehre und deshalb auch kein Recht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen.“

Hoffentlich wird die französische Regierung die gerechten Forderungen der Rheinländer dahin erfüllen, daß das Rheinland zu Frankreich kommt und mit Rücksicht auf den störrischen Sinn der deutschen Regierung, den unterschriebenen Versailler Vertrag nicht einzuhalten, das Ruhrrevier durch Schwarze zu besetzen, bis daß der letzte Groschen, der zu zahlen ist, entrichtet wurde. . . .

Einen solchen Namen wird man sich merken müssen.

Wir lesen täglich von neuen Vergewaltigungen des Rechts im Saargebiet. Wie 1806, so muß sich auch jetzt das Grenzgewissen regen. Noch ist es nicht so weit. Wenn man lange im Ausland lebte, kennt man die deutsche Seele, das deutsche Gemüt und Gefühl; man braucht ein Wort, an das man sich in der völkischen Not anklammern kann. Der Deutsche wird den Glauben behalten, daß er es doch einmal zwingt:

„Und Deutschland zwingt es doch!“

„Nehmen Sie dieses Wort mit nach Hause und klammern sich

daran, wie es unsere Vorfahren 1806 getan haben, wo sie Schwereres erduldeten als wir.

Nach dem meisterhaft vorgetragenen Hegarschen Chor „Totenvolk“ zum Gedächtnis der im Kriege Gefallenen durch den Dortmunder Männerchor „Cäcilia“ sprach als Vertreter der Mehrheitssozialisten Stadtverordneter Bäumgen-Dortmund. Er führte u. a. aus: Die Hauptaufgabe ist, nicht historische Erinnerungen aufzuzählen, sondern zu fragen: Wie ist es gegenwärtig, was haben wir zu tun, um aus dem Elend herauszukommen, in das wir hineingeschliddert sind.

Was ist notwendig, um aus dieser Misere wieder herauszukommen? Einzig und allein Einigkeit. Vom Vorredner wurde von der

Verklavung des Saargebietes

gesprochen; das kann ich nur unterschreiben. Niemand darf das Recht für sich in Anspruch nehmen, einen andern zu unterdrücken. Durch die gewalttätige Abtrennung des Saargebietes wird die Gefahr neuer Kriege heraufbeschworen. Im Saargebiet bedarf es keiner Abstimmung; das Rhein- und Saargebiet kann nicht französisch werden, da die Bewohner sich immer als Deutsche gefühlt haben. Durch die Absplittierung deutscher Gebiete leidet in erster Linie die arbeitende Bevölkerung. Oberschlesien gibt uns hierfür den besten Beweis.

Die Worte Bäumgens klangen aus in einen eindringlichen Appell zu deutscher Einigkeit im Interesse bedrückter Bruderkammern.

Für die Demokratische Partei sprach hierauf Gewerkschaftsleiter Ommert-Charlottenburg. Im Hinblick auf die Verhältnisse im Saargebiet zitierte er aus dem eben gehörten Chorlied „Totenvolk“ den Schlußvers: „O Himmel der Heimat, wie hart bist Du, — Hast Deinen Söhnen nur Fluch!“ Er wies darauf hin, daß es im Saargebiet keine Eingeseffenen und Eingeborenen gibt, dort gibt es ewig nur Angefessene, Deutsche, die für ihr Vaterland einstehen, die sich ihr Deutschtum nie und nimmer werden aus dem Herzen reißen lassen. Unsere Pflicht ist es, unsern Brüdern und Schwestern an der Saar mit gleicher Einigkeit und Treue zur Seite zu stehen. Dort unten hat die Not uns stark gemacht und Einigkeit gelehrt. Der vorhin apostrophierete Ammoniat-Dücker ist gewiß kein Deutscher, sondern vom Westen her importiert und durch französische Protektion groß geworden. Das beweisen seine Ammoniatgeschäfte. Im Saargebiet haben wir nicht so viel Ammoniat, daß Herr Scholten sich einen solchen Brief leisten konnte. Den Herrn werden wir uns noch näher ansehen und mit ihm abrechnen. Wenn das deutsche Volk so einig wird und bleibt, wie wir es da unten an der Saar heute schon erleben, dann wird das Saargebiet so gewiß deutsch bleiben, als die Saarbevölkerung immer deutsch gewesen ist.

Im Namen der deutschen Studentenschaft sprach Student Wientötter: Wir wissen uns einig mit Ihnen und ringen um die deutsche Scholle, um den Zusammenschluß aller Deutschen. Die deutsche Studentenschaft ist eine andere geworden. Zahlreiche deutsche Studenten kennen die Not, die seelische und die materielle. Der Werkstudent ist der neue Typ des deutschen Studenten. Außer in dem Geist der Arbeit äußert sich der Geist des heutigen deutschen Studenten in dem ernsten Willen zur Einigung, um die Klassengegensätze zu verwischen. Für das deutsche Volk gilt es, das Gemeinsame zu suchen, das Trennende zu meiden. Die Vertreter der Parteien haben soeben gezeigt, wo Gemeinsames zu finden ist. Die Grenzland-Fragen zeigen uns

die Notwendigkeit der völkischen Einigkeit.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Darum Deutsche am Rhein, an der Saar, in Eupen-Malmedy, in Nordschleswig, Danzig, Memel, Oberschlesien usw.: Ein Volk, ein Reich, ein Wille!

Als Vertreter des Hochschulringes Deutscher Art sprach Student Fuchs, der ebenfalls die Notwendigkeit der Einigkeit unterstrich. Die städtische Versammlung beweist, welch Interesse für den Saar-Bund als den Vertreter und Sprecher des saarländischen Volkes im ganzen deutschen Volke, in allen seinen Ständen, vorhanden ist. Er ist davon überzeugt, daß bei zielbewusster Arbeit die Verhältnisse im Saargebiet in der ganzen Welt bekannt werden müssen. Schon heute ist das Verständnis für das Saargebiet fast im ganzen Ausland vorhanden. Er forderte zum Schluß alle Kreise des deutschen Volkes zu regster Mitarbeit für das deutsche Saargebiet auf.

Im Namen des Verbandes Heimattreuer Oberschlesier begrüßte dessen Vertreter Wandel-Dortmund den Bund „Saar-Berein“ und wünschte seiner Arbeit vollen Erfolg. Die Oberschlesier hätten volles Verständnis für diese Arbeit, da Oberschlesien ein ähnliches Schicksal beschieden sei.

Pfarrer Schneider-Hamburg überbrachte als Vertreter

von der Waterkant

die Grüße der Hamburger Ortsgruppe. Die alte Hansestadt hat deutsches Leid am eigenen Leib empfunden. Die Wellenbewegungen der Völkergeschichte finden an der Waterkant besondere

Beachtung und Beobachtung. Dort weiß man, daß den Wellentälern wieder Wellenberge folgen werden. Wir waren in Gefahr, unser Bestes zu verlieren, die deutsche Seele. Durch die Not und durch die Leiden der Zeit haben wir uns auf uns selbst besonnen und wir werden wieder vorwärts kommen. In Hamburg leben 100 Saarländer, von denen sich in kurzer Zeit 60 zu einer Ortsgruppe des „Saarvereins“ zusammengeschlossen haben, und wir fühlen dort im Norden, daß in der Not der Heimat die Liebe zu ihr heiß geworden ist. Mit Geißel müssen wir reden: „Immer in den Melodien schließt der eine Klang sich ein. In die Heimat möcht ich ziehen, in das Land voll Sonnenschein.“ Den besten Gruß, den er der Saarheimat senden könne, fassete er in das alte schleswig-holsteinische Gelöbnis zusammen „Alp ewig unge-deelt!“

Damit war die Rednerliste erschöpft. Der erste Bundesvorsitzende verlas hierauf folgende eingegangene

Entschließung:

„Die in Dortmund anlässlich der 2. Tagung des Bundes „Saar-Verein“ am 7. Mai d. J. zu machtvoller Saarfundgebung versammelten deutschen Volksgenossen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gedenken in Treue und Dankbarkeit des Schicksals des deutschen Saargebietes und seiner Bevölkerung.“

Das Saargebiet ist der Püge Clemenceaus von den angebliehen 150 000 Saarfranzosen zum Opfer gefallen. In einem 15jährigen Abstimmungskampf soll nach der Bemerkung eines französischen Beamten der Saarregierung erreicht werden, „was englischer Reib und amerikanische Mißgunst Frankreich nicht vergönnte“, nämlich die Annexion des Saargebietes. Daraus erklären sich die fortgesetzten Verletzungen der Bestimmungen des Saarbeden-Abkommens in dem Versailler Diktat, die Mißachtung der Rechte und Wohlfahrt der Saargebietsbevölkerung, die gewalttätige Zerreißung der natürlichen wirtschaftlichen, kulturellen, staatsrechtlichen und bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge des Saargebiets mit dem deutschen Mutterlande.

Der deutsche Charakter des Saargebiets und seiner Bevölkerung kann von niemand bestritten werden.

Die bisherige Tätigkeit der Saarregierung ist nicht die einer neutralen Völkerbunds-Kommission, sondern kennzeichnet sich als Vorspannarbeit für die französischen Annexionsbestrebungen. Die Saargebietsbevölkerung hat in zahlreichen Rundgebungen, Entschließungen, Denkschriften und Delegationen ihre Rechte verteidigt und sich gegen die Rechts- und Pflicht-Verletzungen der Saarregierung gewandt.

Der Völkerbund hat gegen das schreiende Unrecht nichts unternommen, vielmehr geduldet, daß französische Besatzungstruppen noch heute das Saargebiet besetzt halten, daß das Saargebiet als einziges Kulturland der Welt keine wirkliche Volksvertretung erhält, sondern autoritär regiert wird, daß es durch gewalttätige Einführung des Franken wirtschaftlich ruiniert, daß der deutsche Charakter der Volksschule angetastet wird und daß die Brutalität der Ausweisung mißliebiger deutscher Personen fortbesteht.

Damit duldet der Völkerbund durch die von ihm eingesetzte Regierungs-Kommission die französische Annexionsarbeit im Saargebiet.

Die in Dortmund versammelten deutschen Volksgenossen erheben gegen dieses schreiende Unrecht lauten Protest und rufen alle deutschen Volksgenossen auf, sich gemeinsam mit der gesamten deutschen Presse mehr noch als bisher für das Saargebiet und das Schicksal seiner Bevölkerung einzusetzen und nicht zu ruhen, bis der Notschrei dieser gequälten und rechtlos gemachten Bevölkerung gehört wird, in Genf und darüber hinaus überall dort, wo man das Recht achtet, für wahre Demokratie eintritt und sich einsetzt für einen wirklichen Völkerbund.

Im Saargebiet muß sich die Wahrheit der hohen Idee des Völkerbundes erweisen oder sie wird untergehen.

Der Bevölkerung an der Saar aber, den für ihr Recht kämpfenden deutschen Brüdern und Schwestern entbietet die Versammlung aus dem Mittelpunkt deutscher industrieller Stärke und wirtschaftlicher Kraft treuen deutschen Gruß mit dem Gelöbnis:

„So treu wie Ihr Eurem Deutschtum und Eurer deutschen Heimat im dreijährigen Kampfe gegen französische Annexionsbestrebungen und Gewaltmaßnahmen geblieben seid, so treu wird Euch das deutsche Volk ohne Unterschied der Partei und des Standes zur Seite stehen.“

Das Saargebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben.“

Die Entschließung wurde unter stürmischer Begeisterung einstimmig angenommen. Hierauf sprach der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andres, das Schlusswort: Er unterstrich die Worte der Vorredner, die zur Einigkeit aufgerufen hatten. Nur die Einigkeit allein führt zum Ziel. Gehen wir diesen Weg entschlossen zu Ende, dann werden wir Vaterland, Recht und Freiheit am besten retten. Dann sind die Toten nicht umsonst gestorben. Möge auch in uns, die wir uns erneut dem Dienst des Vaterlandes weihen wollen, der Geist jener Helden lebendig werden und bleiben. Unsere Herzen, unsere Hände, unser Denken, unser Fühlen dem deutschen Saargebiet!

Wo bleibt die behördliche Wohnungsfürsorge für Saarflüchtlinge?

Nach unserer Auffassung sollte eine solche Frage eigentlich überflüssig sein; sie ist es leider nicht und muß daher endlich einmal öffentlich behandelt werden. Nach einer Verfügung des Ministeriums für Volkswohlfahrt sind zwar Flüchtlinge bevorzugt vor allen andern bei der Wohnungszuteilung zu behandeln; wenn diese aber vorläufig Unterkunft bei Verwandten gefunden haben, so findet diese Verfügung nicht in vollem Umfange Anwendung, da „diese Fälle dann als minder dringlich“ zu betrachten sind. Diese Verfügung, die übrigens erst reichlich spät auch auf die Saarflüchtlinge ausgedehnt wurde, war zweifellos in bester Absicht erlassen; sie bezweckte, die seelischen und körperlichen Leiden der Flüchtlinge möglichst dadurch abzumildern, daß man diesen Personen zunächst wieder ein Heim verschaffte.

Welche Auslegung aber findet diese Verfügung, welcher Behandlung sind die Flüchtlinge und besonders die Saarflüchtlinge ausgesetzt? Es ist durchaus erklärlich und natürlich, daß jeder Flüchtling, der durch brutale Maßnahmen despotischer Mächte, wie es besonders die französischen Militärbehörden sind, von Haus und Hof vertrieben, aus seiner Existenz herausgerissen wurde, zunächst seine Verwandten aufsucht, um nicht regelrecht auf der Straße zu liegen. Damit scheiden nach Auffassung wenigstens der Berliner Wohnungsämter solche Flüchtlinge als bevorzugt zu behandelnde Wohnungsuchende aus und sie haben nun in weit höherem Maße all die Leiden und Bitterkeiten durchzukosten, die ein wirklich Wohnungsuchender wochen-, monats-, jahrelang durchzukosten hat. Weder Bitten noch Drohen, weder persönliche Vorsprache noch schriftliche

Eingaben, weder der Hinweis auf die sittlichen, familiären, hygienischen noch rechtlichen Gefahren — nichts vermag diesem Zustand ein Ende zu machen, wenn der Flüchtling „noch nicht dran“ ist. „Anderen Leuten geht's noch schlechter“ wird ihnen erklärt, wenngleich nachgewiesen wird, daß ein Zimmer von 10—12 Quadratmeter Flächenraum für eine vierköpfige Familie kein Zustand sein darf, mit dem man sich jahrelang abfinden kann, besonders dann nicht, wenn die betreffenden Verwandten selbst nur in beschränktesten Wohnungsverhältnissen leben.

Ist das der Geist der erwähnten Verfügung? Man wendet sich an das Zentralwohnungsamt, an den Regierungspräsidenten, an das Ministerium! Es erfolgt nichts, wenigstens nichts, woraus man ein Eingehen auf den Geist der Verfügung erkennen könnte. Man muß schon zufrieden sein, wenn man eine gedruckte Karte erhält, aus der man entnehmen darf, daß die Angelegenheit „dem zuständigen Wohnungsamt zur Erledigung überwiesen“ wurde. Dann beginnt ein neues Warten, ein neues Verzweifeln!...

Am 21. Mai 1920 wurde ich auf die Dringlichkeitsliste gesetzt, Flüchtlingschein und sonstige Ausweise, die meine Flüchtlingseigenschaft nachweisen, beigebracht; heute, am 10. Mai 1922, befinde ich mich noch in derselben verzweifelten wohnungslosen Lage. Um meinen Kindern einigermaßen etwas Licht zu verschaffen, mußten sie abwechselnd zu Verwandten gebracht werden; jetzt, wo mein kleines Mädel die Schule besuchen muß, müssen wir unseren herzigen blonden Jungen ständig entbehren, da es auf die Dauer unmöglich ist, vier Kinder und vier Erwachsene in einer engen 2-Zimmer-Wohnung zu belassen. Kinder und Erwachsene müssen erst unausbleiblicher Krankheit verfallen sein, der Arzt muß be-

stätigen, der Flüchtling nebenher keiner M... eine Gen... Hausgerä... wiederzu... nungsam... und ab... nungen... lassen... bereits 1...

Doch Familie... gewiesen... klären, d... wurde r... zugewie... noch n... nicht... des Mi... zeitigen... zu räum... Da... fäktlich

D... Organ... Freu... im S... Den... sie in... treu... in de... Sinns... klärt... tung... „Saar... eine

wen... und... maß... nicht... wies... sel... de... se... in... Um... in... geh... fr... Sch... son... gik... sch... du... po... be... ni... zu... u... hä... U... fü... v... g...

nütigen, daß Lebensgefahr vorliegt, dann, erst dann hat der Flüchtling Aussicht, eine Wohnung zu bekommen. Daß er nebenher monatlich Hunderte zu zahlen hat für die Speicherung seiner Möbel, daß die Lagermiete automatisch steigt, ohne daß er eine Gewähr dafür hat, nach Jahren die Möbel und das sonstige Hausgerät usw. in einem nur einigermaßen brauchbaren Zustand wiederzubekommen — alles das spielt für die Berliner Wohnungsämter keine Rolle. Es spielt auch keine Rolle, daß Tausende und aber Tausende, und zwar Einzelpersonen übergroße Wohnungen haben, die sich angeblich vorschriftsgemäß nicht teilen lassen — der Flüchtling darf verkommen, da diese Wohnungen bereits 1917 bezogen wurden!

Doch halt! Schon im Juli 1921 wurde mir mit einer anderen Familie am Kurfürstendamm eine — 10-Zimmer-Wohnung zugewiesen: Mietpreis 35 000 M.! Es erübrigt sich wohl, zu erklären, daß ich diese Wohnung nicht bezog. Und im Februar/März wurde mir eine 3-Zimmer-, im April eine 4-Zimmer-Wohnung zugewiesen. Weshalb ich sie nicht bezog? Weil sie heute noch nicht leer sind, vielleicht in Monaten noch nicht leer werden, da noch nicht einmal eine Entscheidung des Mieteinigungsamtes auf Räumung vorliegt und die derzeitigen Wohnungsinhaber gar nicht daran denken, die Wohnung zu räumen!

Das ist eine ganz kurze Darstellung der Flüchtlingsnot hinsichtlich des Wohnungswesens. Ich frage: Welche deutsche

Behörde ist hier zuständig, und welche wagt einzugreifen? Haben sich die verantwortlichen Beamten je einmal die Frage vorgelegt, welche Stimmung eine solche Behandlung bei den Flüchtlingen auslösen muß? Es sind nicht die schlechtesten Deutschen, die ihre Heimat, ihre Saarheimat auf Befehl der französischen Besatzungsbehörde verlassen mußten. Und wo ist die selbstverständliche Hilfe und Unterstützung durch die verantwortlichen Behörden? Die schönsten Verfügungen taugen nichts, wenn sie nur auf dem Papier stehen, und alle Gesetze sind zwecklos, wenn man sich auf sie zurückzieht, um zu beweisen, daß man nicht zuständig ist.

Hier ist ein Uebel, das es zu beseitigen gilt, aber bald und gründlich. Auf dem Bundestag des Bundes „Saar-Verein“ sind zahlreiche Klagen dieser Art, heftige Anklagen erhoben worden. Daraus ergibt sich, daß solche unglaublichen Mißstände auch anderswo an der Tagesordnung sind. . . . „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!“ — — — — —

— — — Eine rein persönliche, tollkühne, bescheidene Anfrage: Ist jemand unter den „Saarfreund“-Lesern, der hier helfen kann, sei es auch nur durch den Nachweis einer 4-5-Zimmer-Wohnung? Man würde keinem Unwürdigen helfen!

Antwort an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94, erbeten!

Schlecht beraten.

Die „Rheinische Zeitung“, das mehrheitssozialistische Organ in Köln glaubt Veranlassung zu haben, unserm „Saar-Freund“ „nationalistische Gefühle und Instinkte übelster Art im Stile des alten Hurratpatriotismus“ nachsagen zu müssen. Den Beweis für eine derartige leichtfertige Kennzeichnung sieht sie in dem Weglassen einer Strophe aus dem Gedicht „Rhein-treue“ von Schregel-Düren, oder wie es die Zeitung nennt, in der „Unterschlagung“ dieser Strophe und „Fälschung“ des Sinns des Gedichts. Die Schriftleitung des „Saar-Freund“ erklärt auf Ehre und Gewissen, daß sie durch die „Rheinische Zeitung“ zum erstenmal davon Kenntnis erhält, daß das im „Saar-Freund“ aus einer Tageszeitung abgedruckte Gedicht noch eine Strophe hat, die folgendermaßen lautet:

Wir sind nicht zerschmettert, nicht tot, nein, nein,
Noch lebt uns ein gültiger Denker.
Wir sind noch immer, du alter Rhein,
Dein Volk der Arbeit und Denker.
Doch wollen wir halten den Frieden im Haus,
Schlagt Haß und Hader zu Scherben!
Schmeißt alten, verrosteten Blunder hinaus!
Deutschland darf nimmer sterben!

Wir drucken sie gern und mit voller Ueberzeugung nach; wenn die „Rheinische Zeitung“ die Tendenz unserer Zeitschrift und die Tätigkeit des „Saar-Vereins“ auch nur einigermaßen verfolgt hätte, sie wäre in ihrem Urteil sicherlich vorsichtiger gewesen. Nicht einmal, sondern immer und immer wieder haben wir gefordert und gebeten: Laßt den unglückseligen Parteihader und -haß aus dem Haus, denn nur als ein einiges Volk können wir unsere gefährdeten und vergewaltigten Brüdern in den Grenzgebieten helfend zur Seite stehen. Und gegen die Entfernung all dessen, was in die deutsche Notzeit, in die Zeit des erstrebten deutschen Wiederaufbaus nicht hineingeht, was hinderlich und störend ist, um die Einheitsfront zur Stütze unserer bedrohten und geknechteten Brüder und Schwestern aufzurichten, haben wir nicht nur nichts einzuwenden, sondern treten lebhaft dafür ein. Die „Rheinische Zeitung“ vergißt aber, daß der „Saar-Freund“ keine parteipolitische Zeitschrift und der „Saar-Verein“ keine parteipolitische Gründung ist, vergißt vor allem, daß Grenzfragen nicht vom parteipolitischen, sondern allein vom Standpunkt der Volksgemeinschaft behandelt werden dürfen. Nicht die sozialdemokratische Partei, nicht die deutschnationale Partei sind berufen, diese Fragen allein zu lösen, sondern nur diese Parteien zusammen mit allen übrigen politischen Parteien unter dem Gesichtspunkt, daß Anhänger aller Parteien in den Grenzgebieten leiden und unsere Unterstützung erwarten. Wer es anders tut, der arbeitet nicht für, sondern gegen die Interessen dieser Gebiete und ihrer Bevölkerung. Aus den Bemerkungen der „Rheinischen Zeitung“ ergibt sich, daß sie selbst den „Saar-Freund“ nicht verfolgt, die frag-

liche Nummer auch selbst gar nicht gelesen hat; „man“ hat ihr mitgeteilt. Daß wir Gegner haben, ist uns bekannt, daß unsere grimmigsten Gegner in der Allee- und Parallelstraße in Saarbrücken sitzen, wissen wir. Von dort her hörten wir wiederholt die Beschuldigung, daß wir nationalistischen Tendenzen huldigten. Wir nehmen solche Anwürfe nicht tragisch, sind sie von derselben Stelle ja auch der sozialistischen Partei im Saargebiet und selbst dem verstorbenen Abg. Hue gemacht worden — hat die „Rheinische Zeitung“ diese unsinnigen Denunziationen damals auch so ernst aufgefaßt, wie sie jetzt ihre Anschuldigungen ohne den Schatten eines Beweises gegen den „Saar-Freund“ und den „Saar-Verein“ erhebt? Kennt sie den Schriftleiter des „Saar-Freund“? Bitte, ehrlich! Dieser kennt die Bedrückungen der besetzten Gebiete genau so lange wie die Schriftleitung der „Rheinischen Zeitung“, er hat sie am eigenen Leibe erfahren. Er ist als ehrlicher Demokrat gegen alle nationalistischen Hezereien aufgetreten, gerade im Interesse des Saargebiets. Wenn er sich dieser Interessen jetzt außerhalb des besetzten Gebiets annehmen muß, so nur infolge französischer Gewaltmaßnahmen. Daß er sich dieser Interessen, seiner Saarheimat und seiner deutschen Volksgenossen an der Saar überall und jederzeit nach bestem Wissen und Können annimmt, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, das wird er sich von der „Rheinischen Zeitung“ genau so wenig verbieten lassen, wie von Herrn Major Richter. Er nimmt aber an, daß das die „Rheinische Zeitung“ auch gar nicht will, sondern mit ihm und mit allen ehrlichen Freunden des Saargebiets für dieses bedrückte Land, für diese vergewaltigten Volksgenossen eintreten, nicht vom parteipolitischen, sondern vom Standpunkt der Volksgemeinschaft. Es wäre aber gut, wenn in dieser Saargebiets- wie in jeder Grenzdienstarbeit bei jeder Partei die Ueberzeugung bestünde, daß nicht nur sie allein ehrliche Hilfsarbeit leistet. Gerade die großen Rundgebungen der letzten Zeit in den Parlamenten und gelegentlich anderer Veranstaltungen sollten auch der „Rheinischen Zeitung“ den Beweis erbracht haben, daß in der Grenzarbeit das ganze deutsche Volk einig zusammenstehen kann und muß. Auch unsere Bundestagung in Dortmund hat hierfür den Beweis erbracht, wenn sich die „Rheinische Zeitung“ nur auf richtig unterrichten will. Wie die „Rheinische Zeitung“ verlangt, daß man ihre Auslassungen als ehrliche Ansicht wertet, so verlangen wir ein gleiches. Und so erklären wir, daß uns die bisher im „Saar-Freund“ nicht abgedruckte Strophe des Schregel'schen Gedichts durch die „Rheinische Zeitung“ zum erstenmal zu Gesicht kam und daß wir gar keine Veranlassung haben, eine Ausweisung des Dichters etwa zu erfinden, um zu hehen; wir haben lediglich mitgeteilt, was uns in einer Tageszeitung (deren Namen wir bedauerlicher Weise heute nicht mehr angeben können) zu Gesicht kam. Wer nach dieser Erklärung etwas anderes behauptet, steht auf gleicher Stufe mit jenen Elementen, die verleumden, weil sie verleumden wollen. rp.

Kleine Tageschronik.

Brebach. Das große Badsteinlager unserer Hütte ist zurzeit vollständig ausverkauft. Die Produktion kann die Nachfrage nicht mehr befriedigen, ein Zeichen dafür, daß die Bautätigkeit eine sehr rege zu werden verspricht. — Die Herren Jos. und Karl Ballat, Söhne des hiesigen Hauptlehrers Ballat, haben in Bonn das juristische Referendarexamen bestanden.

Habkirchen. Eine Bürgerversammlung beschloß, ein Denkmal für die während des Weltkrieges gefallenen Helden unserer Gemeinde zu errichten. Die Ausführung des Denkmalbaues wurde den Bildhauern Lehmann und Dahl in Homburg übertragen. Die Kosten werden zwischen 27- und 30 000 M. betragen.

Saarlouis. Der Feuerwehrtag des Kreisfeuerwehrverbandes Saarlouis findet zugleich mit der Feier des 100jährigen Bestehens der Feuerwehr von Villeroy und Boch am 9. Juli in Wallerfangen statt.

Merzig. Der in der hiesigen Heilanstalt untergebrachte Ingenieur W. aus Dillingen wurde abends von einem Zuge auf der Mettlacher Straße bei Besseringen überfahren und sofort getötet. Am Nachmittag hatte ihn noch seine Frau besucht. — Einbrecher entwendeten aus der Villa des Veterinärrats Herrmann Geld und Gegenstände im Werte von ungefähr 8000 Mark. — Auf dem hiesigen Bahnhof stießen zwei Maschinen mit Packwagen aufeinander. Maschinen und Packwagen wurden beschädigt und zwei Bremser aus Saarbrücken, die sich im Packwagen befanden, leicht verletzt.

Hilbringen. Die Villa des Rentmeisters Manstetten an der Straße nach Wehern ging zum Preise von 340 000 Mark in den Besitz des Kaufmanns Dörbach in Ballern und der Baumgarten in Merzig zum Preise von 87 000 Mark in den Besitz eines Herrn in Dillingen über.

Ottweiler. In der letzten Sitzung des Wohnungsbauverbandes für das Saargebiet wurden für den Kreis Ottweiler genehmigt und Zuschüsse zugesagt: Anträge von Einzelpersonen: Neunkirchen 2 Anträge, 2 Häuser, 4 Wohnungen; Wiebelskirchen 3 Anträge, 3 Häuser, 3 Wohnungen; Dirmingen 2 Anträge, 2 Häuser, 4 Wohnungen; zusammen sieben Anträge, 7 Häuser, 11 Wohnungen. Anträge von Genossenschaften: Neunkirchen 20 Anträge, 76 Häuser, 118 Wohnungen; Wiebelskirchen 1 Antrag, 4 Häuser, 4 Wohnungen; zusammen 21 Anträge, 80 Häuser, 122 Wohnungen. Hierzu Einzelanträge: 7 Anträge, 7 Häuser, 11 Wohnungen; zusammen Kreis Ottweiler 28 Anträge, 87 Häuser, 133 Wohnungen.

Wiebelskirchen. Die Gemeinde versandte Fragebogen an die Hausbesitzer zwecks Vermerk darüber, ob und wieviel Licht- und Kraftstellen evtl. zur Anlage kämen. Die Gemeinde will sich dadurch die Unterlagen für Verhandlungen mit den in Frage kommenden Firmen zur Lieferung des Stromes verschaffen. — Das Geläute der katholischen Kirche wird nun auch wieder komplettiert werden. Eine entsprechende Bestellung an Glocken ist bereits gemacht, die bis Weihnachten ausgeführt sein soll.

Spiesen. Eine Schwindlerin wurde kürzlich unter dem Namen „Ruth Kaiser geb. v. Asbach aus Rüdesheim“ in München verhaftet, die sich als Besitzerin des Hotels „Rheinschlößchen“ in Rüdesheim, als Weinhausbesitzerin in Saarbrücken, Weinberg- und Schnapsbrennereibesitzerin, Hausbesitzerin in München, Fabrikbesitzerin in Amerika und Holland ausgab. Sie hatte sich Eingang in die besten Kreise verschafft und namhafte Beträge erschwindelt. Die Schwindlerin wurde als die etwa 25jährige verheiratete Maria Ruth Kaiser, geb. Commercon aus Spiesen festgestellt. — Hier kann man die Wahrnehmung machen, daß alle Winkel und Ecken, die früher unbebaut brach lagen, jetzt zu Gemüse und teils auch zu Blumengärten umgewandelt werden.

St. Wendel. In der bekannten Blünderungsaffäre hatte die Firma S. Daniel hier einen Schadenersatzanspruch gegen die Stadtverwaltung St. Wendel angestrengt. Der klagenden Firma wurde nun von dem Oberlandesgericht in Köln mitgeteilt, daß der Klageanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden sei.

Tholey. Ein hiesiger Aderer kaufte unlängst bei einem Landwirt in Bliessen zwei Pferde zum Preise von 55 000 M. Nach zwei Tagen war der Tholeyer Aderer in der Lage, die beiden Pferde für den ungewöhnlich hohen Preis von 85 000 M. weiter zu veräußern.

Rohrbach. Die Glocken der hiesigen katholischen Kirche sind seinerzeit auch ein Opfer des Krieges geworden. Durch freiwillige Sammlungen sollen nun neue beschafft werden. Eine Sammlung erbrachte den Erlös von 90 000 M. Die Glocken sollen in den nächsten Tagen eintreffen. — Unser Bahnhof hat nun endlich das schon längst ersehnte elektrische Licht

erhalten. — Einen Mustergeflügelhof hat ein Besitzer vom Geisterkirchhof zwischen Rohrbach und Kirel errichtet. — In Kirel hat sich das im Vorjahr errichtete Sägewerk am Bahnhofe vergrößert. Am Bahnhof Limbach wird eine große Fabrik erbaut; der Unterbau ist vollendet und Maschinen sind schon aufgestellt. Ferner erbaut eine Pariser (!) Firma ein weiteres Sägewerk.

Personalnachrichten.

Sanitätsrat Dr. Zillesen-Böcklingen f. Am 4. d. Mts. ist in Böcklingen Sanitätsrat Dr. Zillesen im 57. Lebensjahre unerwartet gestorben. Der Verstorbene war ein Böcklinger Kind, Sohn des damaligen Pfarrers, späteren Superintendents Zillesen. Seit April 1891 war er selbständiger Kassensarzt der Betriebskrankenkasse des Böcklinger Werkes. Er war der Gründer zahlreicher sozialer Einrichtungen, so der Böcklinger Ferienkolonie, die in den letzten Jahren je über 200 Kinder in die Sommerfrische sandte, der Milchküche und Säuglingsfürsorge in Böcklingen, der Mutterberatungsstelle und Haushaltsschule, und schließlich der Urheber des Böcklinger Werkskrankenhauses, dem er bis zu seinem Tode 25 Jahre hindurch als Chefarzt vorstand. Er gehörte lange Zeit dem Gemeinderat an sowie der Kirchenverwaltung, so daß er auch in diesen Kreisen seine segensreichen sanitären Bestrebungen zur Geltung bringen konnte. Ganz besonders wurde seine Tätigkeit während der Kriegsjahre in Anspruch genommen, wo ihm die Leitung der sämtlichen Kriegshilfslazarette Böcklingens, sowie der Abteilung Luisenthal anvertraut wurde und er ebenso in dem Ausbruch der Kriegsbeschädigten-Fürsorge tätig war. Seinem Wirken im Verein mit Herrn Generaldirektor Stauffer war es zu verdanken, daß als eine der ersten die Böcklinger Hütte hier eine Kriegslazarettenschule einrichtete, in der die Kriegsbeschädigten der Böcklinger Hilfslazarette zur Wiedererlangung der Gebrauchsfähigkeit beschädigter Glieder mit der sogenannten Arbeits-Therapie behandelt wurden. Außer dem Titel „Sanitätsrat“ und der Landwehrdienstauszeichnung 1. Klasse wurde ihm im Jahre 1917 die Rote Kreuzmedaille 3. Klasse verliehen, der dann während der Führung der Kriegshilfslazarette die Beförderung zum Oberstabsarzt folgte, ebenso das Eisene Kreuz 2. Klasse am schwarz-weißen Bande und 1919 das Verdienstkreuz für Kriegshilfe. — Eine Operation, der er sich im Bürgerhospital in Saarbrücken zur Befreiung von einem schmerzhaften Leiden unterzog, war erfolgreich verlaufen, doch versagte sein Herz, das so oft in hanger Sorge für andere geschlagen hatte, im Dienste für ihn, es hatte seine Kräfte im Dienste der Mitmenschen verbraucht. So ist ein Helfer, ein Wohltäter der Menschheit verstorben; betrauert und beweint von Angehörigen und zahlreichen Personen, denen er ein Freund, ein Retter gewesen.

Der älteste Uhrmachermeister Saarbrückens, Herr Julius Schlegel in St. Johann, feierte am 5. Mai seinen 80. Geburtstag. Der Meister sitzt noch rüstig an seinem Werkisch und bringt manche Uhr wieder in Gang. Ein arbeitsreiches und ereignisreiches Leben liegt hinter dem Jubilar. Wir wünschen ihm noch recht viele sonnige Tage an seinem Lebensabend.

Todesfall. Anfang März verstarb zu Kassel der frühere Bauunternehmer Herr Friedrich Sehmert aus der bekannten Saarbrücker Familie. Er war geistig und körperlich bis zuletzt noch sehr rüstig und hat das 82. Lebensjahr überschritten. Anfang der 90er Jahre zog er seiner Tochter nach Kassel nach, die dort mit dem Sanitätsrat Dr. Möhring verheiratet ist. Eine zahlreiche Nachkommenschaft betrauert den Tod des wackeren Mannes.

Aus dem Saarbergbau.

Zuziehung der Versicherten in die Organe der Saar-Knappschaftsberufsgenossenschaft. In Deutschland sind die Vertreter der Versicherten (Arbeitnehmer) in den Organen der Knappschaftsberufsgenossenschaften mit tätig. Das entspricht den Zeitverhältnissen und den Geboten der Gleichberechtigung. Um das auch hier im Saargebiet zu erreichen, ist von beiden Bergarbeiterorganisationen (Gewerkverein und Alter Verband) an die Bergwerksverwaltung eine Eingabe gerichtet worden, in der es heißt: Nach § 687, 3, RVO. kann die Sakung einer Berufsgenossenschaft bestimmen, daß Vertreter der Versicherten ihrem Vorstand mit Stimmrecht angehören. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft kann durch die Sakung bestimmen, daß die Vertreter der Versicherten Knappschaftsälteste sein müssen. Ihre Wahl erfolgt durch die nach § 858 gewählten Vertreter der Versicherten. Von diesem Recht hat die Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Deutsche Reich Gebrauch gemacht. Außerdem haben andere Versicherungsträger gestützt auf den § 1569 RVO. die Zuziehung der Vertreter der Versicherten in einzelne Organe der Träger der Unfallversicherung vorgenommen.